



Erarbeitung von Ausführungsprojekten der Nationalstrasse

Projektierungshilfe

M203-0942 (d) / M083-1401 (f) / M083-1408 (i) Übersetzungen folgen später



Impressum

Erstelldatum:	15.05.2013
Ersteller:	Hans-Jörg Schlegel, Schlegel + Partner Beratungen GmbH
Verzeichnis / Dateiname:	Projektierungshilfe - Erarbeitung von Ausführungsprojekten der Nationalstrasse (M203-0942)
Anzahl Seiten:	42
Genehmigt am:	01.07.2013
Genehmigt von:	AC I
Verbesserungsvorschläge an:	fachunterstuetzung@astra.admin.ch

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	3
1.1. Ausgangslage, Ziel und Zweck	3
1.2. Geltungsbereich	3
1.3. Adressaten	4
1.4. Gesetzliche Grundlagen	4
1.5. Definitionen und Abkürzungen	5
2. Projektvorgaben	8
2.1. Bezug zu einem generellen Projekt	8
2.2. Wirtschaftlichkeit und Standards im Nationalstrassenbau	8
2.3. Vorgaben zu Kosten und Kostenvoranschlag	10
3. Planung Ausführungsprojekt	11
3.1. Projektorganisation	11
3.2. Zusammenarbeit und Kontakte, Rollenverständnis	11
4. Ausarbeitung Ausführungsprojekt	13
4.1. Planung der Projektgenehmigungen	13
4.2. Variantenstudium und Variantenentscheid	14
4.3. Hinweise zu Art. 12 Abs. 1 NSV	15
4.4. Hinweise zu Unterlagen für weitere Bewilligungen, für die der Bund zuständig ist (Art. 12 Abs. 1 Bst. m NSV)	18
4.5. Gesuchsdossiers	21
5. Plangenehmigungsverfahren	23
5.1. Allgemeine Hinweise	23
5.2. Öffentliche Planauflage	25
5.3. Einsprachebehandlung	26
5.4. Einspracheverhandlungen	28
5.5. Abschliessende Stellungnahmen	29
5.6. Umgang mit Einsprachen gegen Landerwerb	30
5.7. Plangenehmigungsverfügung	30
5.8. Inkrafttreten Entscheid des UVEK	31
5.9. Bekanntmachung Baulinien	31
Anhang 1: Vollständigkeitsprüfung Dossier Ausführungsprojekt	32
Anhang 2: Einmalige Abgeltung für Unterhalt & Betrieb von Bauvorhaben mit Beteiligung Dritter	33
Anhang 3: ASTRA-Vorlage: Aussteckung des Ausführungsprojekts	37
Anhang 4: ASTRA-Vorlage: Persönliche Anzeige	39
Anhang 5: Merkblatt GS-UVEK: Behandlung der Einsprachen	41
Auflistung der Änderungen	42

1. Einleitung

1.1. Ausgangslage, Ziel und Zweck

Seit dem Übergang der Nationalstrasse in das Eigentum des Bundes hat dieser auch die Verantwortung für den Ausbau, Unterhalt und Betrieb übernommen. Damit besteht seit dem Beginn NFA am 1.1.2008 beim Vollzug von Gesetzen hinsichtlich der Verantwortlichkeiten und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen eine neue Situation.

Mit der vorliegenden Projektierungshilfe wird die bisher bestehende Sammlung von Dokumenten zur Erarbeitung von Ausführungsprojekten - sogenannter Blauer Ordner von 2008 - durch eine internet-taugliche Version abgelöst. Ziel ist es, die Umsetzung des Ausführungsprojekts als wichtigem Planungs- und Projektierungsinstrument für die Umgestaltung und den Ausbau von Nationalstrassen nachvollziehbar darzulegen. Dazu gehören die Phasen Vorbereitung und Organisation, Erarbeitung des Ausführungsprojekts, die öffentliche Planaufgabe und das Genehmigungsverfahren. Auch für die Umsetzung eines genehmigten Ausführungsprojekts werden Hinweise gegeben.

Diese Projektierungshilfe ergänzt die Geschäftsprozesse des ASTRA. Die für externe Beauftragte wichtigen Unterlagen zur Projektierungsphase Ausführungsprojekt sind entweder integriert oder im Anhang aufgeführt. Weitergehende Unterlagen sind über die Projektleitung zu beziehen.

1.2. Geltungsbereich

Das vorliegende Dokument behandelt die bei der Ausarbeitung und Umsetzung eines Ausführungsprojektes massgebenden Grundsätze und Vorschriften.

Daneben sind insbesondere folgende Grundlagen zu beachten:

- **Interne Weisungen Projektgenehmigungen Nationalstrasse** - beinhaltet die massgebenden Grundsätze für die Projektgenehmigungen des Ausbaus und des Unterhalts
- **Standard Bereinigung Baulinien** - beinhaltet die massgebenden Grundsätze und Vorschriften, die bei der Bereinigung oder Festlegung von Baulinien der Nationalstrasse umzusetzen sind.
- **Projektierungshilfe Vollzug Umweltgesetzgebung** - beinhaltet die massgebenden Grundsätze und Vorschriften, die für den Vollzug der Umweltgesetzgebung zu beachten sind.
- **Projektierungshilfe generelles Projekt** - beinhaltet die massgebenden Grundsätze und Vorschriften für die Ausarbeitung und Umsetzung genereller Projekte.
- **Fachhandbücher** - Die in den Fachhandbüchern zusammengestellten technischen Dokumente sind zwingende Grundlagen für die Erarbeitung der Projekte.

All diese Dokumente, aber auch die allgemein geltenden **Weisungen und Richtlinien** des Bundesamtes für Strassen sind über www.astra.admin.ch als Download zu beziehen.

Diese Projektierungshilfe löst für Ausführungsprojekte am bestehenden Nationalstrassennetz die bisher ebenfalls massgebende Richtlinie „Bau der Nationalstrasse, Entwicklung der Projekte, Ausgabe 2001“ für den Teil „Ausführungsprojekt“ ab.

Für die Ausführungsprojekte, die der Netzzuordnung zuzuordnen sind und von den Kantonen ausgearbeitet werden, gilt die vorliegende Projektierungshilfe subsidiär zur erwähnten Richtlinie.

Der Umgang mit allfälligen Beschwerden gegen Plangenehmigungsverfügungen wird in dieser Projektierungshilfe nicht behandelt.

Diese Projektierungshilfe legt den aktuellen Wissensstand seitens ASTRA im Umgang mit Ausführungsprojekten im Allgemeinen dar. Sie bindet die Leitbehörde und Genehmigungsbehörde nicht und es können auch keine Forderungen für den Einzelfall abgeleitet werden.

1.3. Adressaten

Diese Projektierungshilfe richtet sich an alle, die Ausführungsprojekte für Nationalstrassen erarbeiten, begleiten und überwachen.

Es sind dies insbesondere die Filialen der Abteilung Strasseninfrastruktur (im Weiteren als Filialen bezeichnet) und deren Projektleitung sowie der Bereich Fachunterstützung der Abteilung Strasseninfrastruktur in der Zentrale (im Weiteren als Fachunterstützung bezeichnet). Die Projektierungshilfe gibt ebenfalls einen Überblick über die Arbeitsschritte in Zusammenarbeit mit dem GS-UVEK.

Das Dokument richtet sich ebenfalls an die mit der Erarbeitung der Ausführungsprojekte beauftragten Dienstleister. Es soll Projektverfassern, Planern und Bauherrenunterstützern als praktische Arbeitsgrundlage dienen.

Den weiteren Behörden des Bundes und der Kantone zeigt diese Projektierungshilfe auf, wie der Vollzug der Gesetzgebung für die Nationalstrassen für Ausführungsprojekte im projektgestützten Ausbau und Unterhalt im ASTRA im Allgemeinen geregelt ist.

1.4. Gesetzliche Grundlagen

Die Rechtsvorschriften zum Ausführungsprojekt sind in Art. 21 ff des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen (NSG, SR 725.11) und in Art. 12 ff der Nationalstrassenverordnung (NSV, SR 725.111) zu finden. Nachfolgend sind einige ausgewählte Artikel zitiert, deren unmittelbare Umsetzung Gegenstand dieser Projektierungshilfe ist.

Bundesgesetz über die Nationalstrassen (NSG, SR 725.11)

Zweiter Abschnitt: Bau der Nationalstrassen, B. Ausführungsprojekte,

1. Ausarbeitung der Ausführungsprojekte

Art. 21 NSG

- ¹ Die Ausführungsprojekte geben Aufschluss über Art, Umfang und Lage des Werkes samt allen Nebenanlagen, die Einzelheiten seiner bautechnischen Gestaltung und die Baulinien.
- ² Zuständig für die Ausarbeitung der Ausführungsprojekte sind:
 - a. für die Fertigstellung des beschlossenen Nationalstrassennetzes: die Kantone in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt sowie den interessierten Bundesstellen;
 - b. für den Bau neuer und den Ausbau bestehender Nationalstrassen: das Bundesamt.
- ³ Der Bundesrat legt die Anforderungen an die Ausführungsprojekte und Pläne fest.

3. Plangenehmigungsverfahren, a. Grundsatz

Art. 26 NSG

- ¹ Das Departement erteilt die Plangenehmigung für die Ausführungsprojekte.
- ² Mit der Plangenehmigung erteilt es sämtliche nach Bundesrecht erforderlichen Bewilligungen.
- ³ Kantonale Bewilligungen und Pläne sind nicht erforderlich. Das kantonale Recht ist zu berücksichtigen, soweit es Bau und Betrieb der Nationalstrassen nicht unverhältnismässig einschränkt.

Nationalstrassenverordnung (NSV SR 725.111)

2. Kapitel: Bau, Ausbau und Nutzung der Nationalstrassen, 1. Abschnitt: Planung und Projektierung

Art. 11 Abs. 4 NSV Bereinigung und Genehmigung des generellen Projekts

...

- ⁴ Wird bei der Erarbeitung des Ausführungsprojekts festgestellt, dass dessen Kosten jene des generellen Projekts um mehr als 10% ohne Berücksichtigung der Teuerung überschreiten, so sind die Kostensteigerungen dem Bundesrat zum Entscheid vorzulegen. Bei Projekten unter 100 Millionen Franken sind Kostensteigerungen von über 10 Millionen Franken (ohne Teuerung) vom Bundesrat zu genehmigen.

Art. 12 NSV Ausführungsprojekt

- ¹ Das Ausführungsprojekt ist dem UVEK unter Beilage folgender Unterlagen zur Genehmigung einzureichen:
- a. Übersichtsplan;
 - b. Situationspläne mit Angabe der Baulinien im Massstab 1:1000;
 - c. Längsschnitt im Massstab 1:1000 für die Längen und 1:100 für die Höhen;
 - d. Normalprofil im Massstab 1:50;
 - e. Querprofile im Massstab 1:100;
 - f. Hauptabmessungen der Kunstbauten;
 - g. technischer Bericht einschliesslich flankierender Massnahmen;
 - h. Entwässerungskonzept;
 - i. Umweltverträglichkeitsbericht 3. Stufe;
 - j. Angaben über die Kosten;
 - k. Enteignungsplan;
 - l. Grunderwerbstabelle;
 - m. Unterlagen für weitere Bewilligungen, für die der Bund zuständig ist.
 - n. allfälliges Schutz- und Grabungskonzept für archäologische und paläontologische Fundstellen
- ² Das UVEK prüft die Unterlagen innert zehn Tagen auf Vollständigkeit und übermittelt sie anschliessend dem Kanton zur Stellungnahme und zur öffentlichen Auflage.
- ³ Das UVEK genehmigt das Ausführungsprojekt innert sechs Monaten nach Abschluss des Instruktionsverfahrens. Es teilt den Parteien den Abschluss des Instruktionsverfahrens mit.

Art. 17 NSV Kosten

- ¹ Das ASTRA bestimmt für jede Projektphase, wie die Kosten zu ermitteln sind.
- ² Beim generellen Projekt und beim Ausführungsprojekt sind Kosten und Nutzen zu bewerten sowie die Bau-, Unterhalts- und Betriebskosten gesondert auszuweisen. Das gilt ebenfalls für Massnahmen, die sich auf materielles Recht ausserhalb der Strassenbaunormen stützen.
- ³ In jeder Projektphase sind die von Dritten gestellten Forderungen nach Projektveränderungen auszuweisen und technisch und ökologisch sowie hinsichtlich Kosten und Nutzen zu bewerten.
- ⁴ Nach allfälligen Änderungen aufgrund von Einsprache- und Rechtsmittelentscheiden sind die Angaben über die Kosten des Ausführungsprojekts anzupassen.

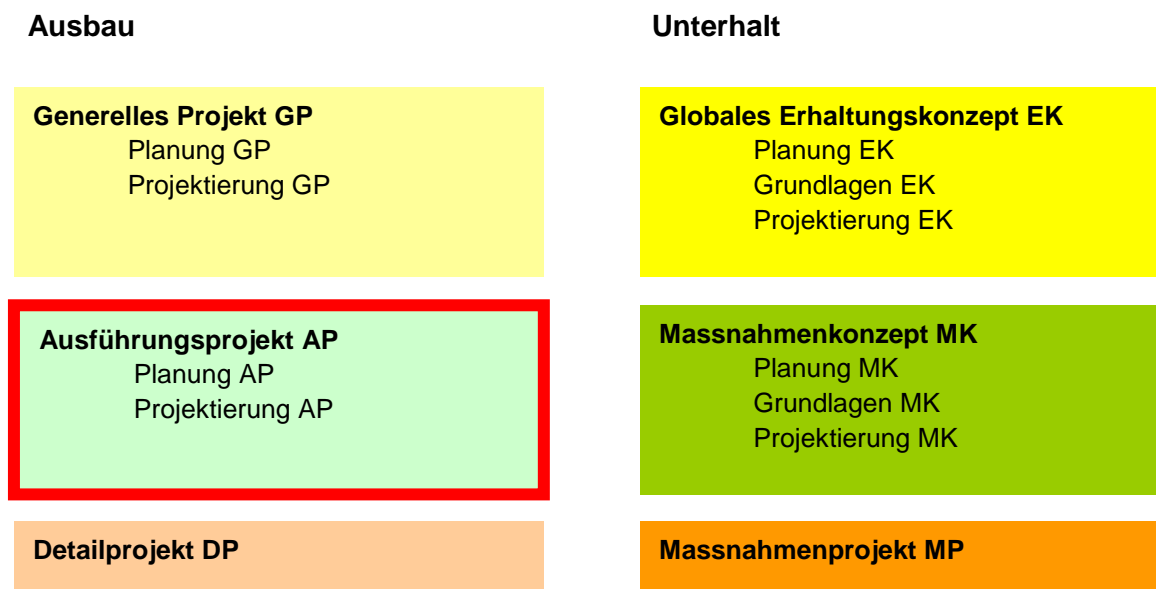
1.5. Definitionen und Abkürzungen

ASTRA-Zentrale: Mit ASTRA-Zentrale werden die zentralen Bereiche der Abteilung Strasseninfrastruktur des ASTRA bezeichnet.

ASTRA-Filialen: Mit ASTRA-Filialen werden die fünf Filialen der Abteilung Strasseninfrastruktur des ASTRA bezeichnet.

Projektierungsphasen: Die für die Nationalstrasse geltenden Projektierungsphasen sind in der Abbildung 1-1 dargestellt. Jegliche Projektierung - auch die Projektierung der Umweltaspekte - erfolgt nach den Projektierungsphasen und -prozessen der Nationalstrasse.

Abbildung 1-1:
Projektierungsphasen Nationalstrasse



Im vorliegenden Dokument werden folgende Abkürzungen verwendet:

Gesetze und Verordnungen

NSG	Bundesgesetz über die Nationalstrassen (SR 725.11)
NSV	Nationalstrassenverordnung (SR 725.111)
SR	Systematische Rechtssammlung
USG	Bundesgesetz über den Umweltschutz (SR 814.01)
ZGB	Zivilgesetzbuch (SR 210)

Weitere Abkürzungen

ACI	Abteilungschef der Abteilung Strasseninfrastruktur des ASTRA
AP	Ausführungsprojekt nach Art. 21 ff. NSG
ASTRA	Bundesamt für Strassen
BAFU	Bundesamt für Umwelt
BGE	Bundesgerichtsentscheid
E+S	Bereich Entwicklung + Stab der Abteilung Strasseninfrastruktur des ASTRA, Zentrale
FLAG	Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget
FU	Bereich Fachunterstützung der Abteilung Strasseninfrastruktur des ASTRA, Zentrale
GP	Generelles Projekt nach Art. 13 ff NSG

GS-UVEK	Generalsekretariat des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, zuständige Instruktionsbehörde bis und mit Abschluss des Instruktionsverfahrens
I	Abteilung Strasseninfrastruktur des ASTRA
IC	Bereich Investitionscontrolling der Abteilung Strasseninfrastruktur des ASTRA, Zentrale
KV	Kostenvoranschlag
KWA	Kosten-Wirksamkeitsanalyse
NEB	Neuer Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz
NISTRA	Nachhaltigkeits-Indikatoren für Strassenprojekte
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen
PGV	Plangenehmigungsverfügung
PGVf	Plangenehmigungsverfahren
PL	Projektleitung
RDL	Bereich Rechtsdienst und Landerwerb der Abteilung Direktionsgeschäfte des ASTRA, Zentrale
SABA	Strassenabwasser-Behandlungsanlagen
UBB	Umweltbaubegleitung
UN	Umweltnotiz
UVB	Umweltverträglichkeitsbericht
UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, bei Ausführungsprojekten: verfügende Behörde

2. Projektvorgaben

2.1. Bezug zum generellen Projekt

Ausführungsprojekte konkretisieren das vom Bundesrat vorgängig beschlossene generelle Projekt. Auflagen und Bedingungen des Genehmigungsbeschlusses des Bundesrates, der Umweltverträglichkeitsprüfung und der von den Bundesstellen formulierten Anträge gemäss Beschluss des Bundesrates müssen in das Ausführungsprojekt integriert werden.

Das Ausführungsprojekt präzisiert jedes Element des generellen Projektes (inkl. allfällige Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt), legt dessen Umfang und Lage, sowie die Baulinien fest und bestimmt den notwendigen Landerwerb.

Für die Erarbeitung von generellen Projekten stehen die Projektierungshilfen "Erarbeitung von generellen Projekten der Nationalstrasse" sowie „Vollzug der Umweltgesetzgebung bei Projekten der Nationalstrasse“ zur Verfügung.

2.2. Wirtschaftlichkeit und Standards im Nationalstrassenbau

Grundsatz

Die Projektierung und die Realisierung von Projekten der Nationalstrasse unterliegen dem Grundsatz, dass nur das Notwendige und keine Wünsche in Projekte aufgenommen werden dürfen. Entsprechend muss der Kostenvoranschlag realistisch erarbeitet werden. Begründete Änderungen zum generellen Projekt sind auch bezüglich der Kostenfolgen detailliert auszuweisen.

Die relevanten Vorschriften bezüglich der Wirtschaftlichkeit eines Projektes sind in Art. 17 NSV festgehalten (vgl. Kap. 1.4 Gesetzliche Grundlagen).

Standards im Nationalstrassenbau

Im Verlauf der Projektentwicklung erfahren die Projekte regelmässig zum Teil erhebliche Kostensteigerungen. Deshalb wurde bereits 1996 im Auftrag des Bundesrates durch eine Arbeitsgruppe „Standards im Nationalstrassenbau“ eine Aufarbeitung der Ursachen für diese Kostensteigerungen und daraus folgend ein Bericht „Standards im Nationalstrassenbau“ erarbeitet, mit dem Ziel Kostensteigerungen insbesondere bei den Standards künftig zu vermeiden und eine konsequente Projektkontrolle in der Planungs- und Projektierungsphase zu implementieren.

Die damals erarbeiteten und vom Bundesrat 1998 freigegebenen Massnahmen (Abbildung 2-1) sind nach wie vor gültig. Sie wurden in die heute massgebenden Prozesse, Richtlinien und Handbücher für Projektmanagement aufgenommen:

Abbildung 2-1:

Übersicht der freigegebenen Massnahmen aus dem Bericht „Standards im Nationalstrassenbau“

Massnahme / Kurzbeschreibung	Rechtsgrundlage
1 – Bewertung Nutzen und Kosten Kosten-Nutzen-Betrachtungen sind als obligatorische Projektkomponente in jeder Projektphase und bei Variantenvergleichen einzuführen.	Art. 17 Abs. 2 NSV
2 – Transparenz und Berücksichtigung Kosten aus materiellem Recht Für Massnahmen, die sich auf materielles Recht ausserhalb der Strassenbaunormen stützen, sind vor deren Aufnahme ins Projekt die jährlichen Kosten nachzuweisen. Bei Ermessen soll die Lösung mit dem besseren Kosten-Nutzen-Verhältnis gewählt	Art. 17 Abs. 2 NSV

werden.	
3 – Transparenz Projektveränderungen und Einflüsse Dritter Die Projektgeschichte muss zu jedem Projektzeitpunkt nachvollziehbar sein. Deshalb ist die Führung eines Projektjournals zwingend	Art. 17 Abs. 3 NSV
4 – Feste Kontrollpunkte sowie stufengerechte Kostenvorgaben - Bei laufenden Projektierungsverfahren wird einmal jährlich ein Bericht über den Kostenstand zuhanden der Genehmigungsbehörde des Bundes erstellt.	Art. 17 Abs. 1 NSV
5 – Abklärungen Technik und Umwelt - Studien und Abklärungen sind nur zu akzeptieren, sofern sie für die Entscheidungsfindung des Projektes zwingend sind.	Art. 17 Abs. 2 NSV
6 – Flexible Umweltanforderungen - Auch bei der Evaluation von Umwelt-Massnahmen ist deren wirtschaftliche Tragbarkeit einzubeziehen. Bei Ermessen soll die Lösung mit möglichst geringem finanziellem Aufwand gewählt werden.	---
7 – Wahrnehmen Umweltanliegen im Projektierungsverfahren - Die Umweltfachstellen sind frühzeitig ins Projekt einzubeziehen. Sie koordinieren ihre Stellungnahmen zuhanden der Strassenbehörden inhaltlich.	---
8 – Verzicht auf den Nachweis der forstlichen Standortgebundenheit für Anlagen im nationalen Interesse - Der Bundesrat hat mit der Kenntnisnahme des Standardberichts entschieden, auf diese Massnahme zu verzichten.	---
9 – Zusammenlegen aller Spezialverfahren ins Hauptverfahren - Die Verfahren für alle Spezialbewilligungen, insbesondere die Rodungsbewilligung sind ins Hauptverfahren der Anlagebewilligung zu integrieren.	Art. 26 Abs. 2 NSG
10 – Neue Zuständigkeit Bund-Kantone und neue Rechtsmittelverfahren - Die Einsprachen gegen das Ausführungsprojekt erfolgen zuhanden des UVEK. Die Kantone können sich zu den Einsprachen materiell äussern.	Art. 26 Abs. 1 NSG
11 – Aufwertung generelle Projekte - Die Entscheidungsgrundlagen für generelle Projekte werden vertieft, insbesondere ist über die unter- oder oberirdische Strassenführung zu entscheiden	Art. 10 Abs. 1 NSV Art. 10 Abs. 2 NSV
12 – Perimeter Kostenpflicht Nationalstrassen - Die Finanzierung nationalstrassenbedingter Anpassungsarbeiten am übrigen Strassen- oder Bahnnetz ist zu beschränken.	Art. 46 Abs. 1 NSG
13 – Zahlungspflicht für freiwillige Optimierungsmassnahmen an Nationalstrassen - Projektbestandteile sind aufzuteilen in solche, welche sich auf rechtliche Verpflichtungen stützen und in solche, welche zwar sinnvoll, aber nicht zwingend sind. Für letztere soll der Grundsatz gelten „wer fordert, der zahlt“.	Art. 7 ff MinVG Art. 46 NSG Art. 47 NSG

Optimierung der Kosten

Das Ziel besteht darin, mit optimalem Einsatz der knappen finanziellen Mittel einen möglichst hohen Gegenwert zu erhalten. Das heisst, die fachtechnischen, umweltrelevanten und wirtschaftlichen Ansprüche an ein Projekt sind zu optimieren. Zentraler Punkt ist dabei eine durchgehende und systematische Optimierung der Kosten. Dabei geht es um folgende Punkte:

- Systematische Betrachtung von Kosten und Nutzen eines Projektes, wobei unter Kosten die jährlichen, also die abgeschriebenen Investitionskosten sowie die Unterhalts- und Betriebskosten verstanden werden. Als standardisierte Bewertungsmethode für die Beurteilung von Projekten bzw. Projektbestandteilen ist die Kostenwirksamkeitsanalyse einzusetzen.
- Wirksames Kostenmanagement
- Die Nachvollziehbarkeit der Entscheide und ihrer Kostenfolge muss in jeder Projektphase sichergestellt sein.
- Zurückhaltende Finanzierung von sogenannten «nationalstrassenbedingten Anpassungsarbeiten»

- Gesetzlich nicht vorgeschriebene Massnahmen sind grundsätzlich durch die fordernde Stelle zu finanzieren. Falls durch Dritte zu finanzierende Elemente mit dem Vorhaben der Nationalstrasse realisiert werden, ist für die Festlegung der einmaligen Abgeltung der Unterhalts- und Betriebskosten dieser Anlageteile die entsprechende Richtlinie anzuwenden (Anhang 2, Einmalige Abgeltung für Unterhalt & Betrieb von Bauvorhaben mit Beteiligung Dritter).

2.3. Vorgaben zu Kosten und Kostenvoranschlag

Neben dem in Kap. 2.2 erwähnten Art. 17. NSV, der die Anforderungen an die Kostenerarbeitung, Kostenausscheidung und Kostenbewertung enthält, gilt auch Art. 11, Abs. 4 NSV, der die zulässigen Kostensteigerungen zwischen GP und AP festlegt (vgl. Kap. 1.4).

Für die Gliederung der Kostenvoranschläge (KV) und die massgebenden Kontenpläne gilt die IC-Weisung (Weisung des Bereichs Investitionscontrolling der Abt. Strasseninfrastruktur), speziell Anhang 13 - Umgang mit den Kostenvoranschlägen in den Projektphasen.

Für die Kostenermittlung gelten folgende Grundsätze:

- **Investitionskosten:** Die Kostenschätzung des generellen Projekts dient als Vorgabe für den Kostenvoranschlag des Ausführungsprojektes. Dieser wird entsprechend dem Kontenplan ASTRA strukturiert, wobei alle Elemente und Bauwerke des Vorhabens mit ihrem Kostenrahmen ausführlich dargestellt werden. Abweichungen zur Kostenschätzung des Generellen Projekts sind zu begründen.
- **Unterhaltskosten:** Die jährlichen Unterhaltskosten betragen in der Regel 1.5 % bis 2.0 % des Wiederbeschaffungswertes und werden in erster Näherung mit 1.5 % der ermittelten Investitionskosten eingesetzt. Die Angaben sind v.a. auch im Hinblick auf Variantenvergleiche erforderlich.
- **Betriebskosten:** Die jährlichen Betriebskosten werden mit den jährlich vom ASTRA erhobenen schweizerischen Mittelwerten je Streckentyp errechnet. Die Angaben sind v.a. auch im Hinblick auf Variantenvergleiche erforderlich.

Die Kostenkontrolle erfolgt mittels zwei Vergleichsphasen:

- Die Kostenschätzung des GP stellt die Referenzgrösse für die Ausarbeitung des AP dar.
- Ab Beginn der Ausarbeitung des AP bis zur Genehmigung durch das UVEK ist ein stufenweises Vorgehen zu wählen. Es werden zwei Vergleichsphasen unterschieden:
Phase 1: KV Stand Einreichung AP beim UVEK.
Phase 2: KV Stand genehmigtes AP inkl. allen Projektänderungen aufgrund des Plangenehmigungsverfahrens PGV.
- Für jede Vergleichsphase wird der Kostenvoranschlag nachvollziehbar dargestellt: Auflistung der kostenrelevanten Anpassungen (Phase 1) oder Änderungen (Phase 2) und Vergleich der Kostenstände vor und nach der Vergleichsphase in Form von Tabellen.
- Für Vergleiche zu verschiedenen Zeitpunkten ist die Teuerung (+ / -) separat auszuweisen.
- Der Kostenvoranschlag des AP Phase 2 dient als Basis und Vorgabe für die Kostenüberwachung bzw. –Nachvollziehbarkeit in den weiteren Projektphasen DP und Bauausführung.

Darauf aufbauend wird jährlich (evtl. halbjährlich) ein Bericht über den Stand der Kosten des in Ausarbeitung begriffenen Projektes zu Händen des ASTRA erstellt. Alle während der Genehmigungs- oder Auflageverfahren eingetretenen Projektänderungen im Sinne von Art. 15 NSV müssen samt ihren finanziellen Folgen beurteilt werden. Die Begehren und die getroffenen Entscheide werden in das Projektjournal eingetragen.

3. Planung Ausführungsprojekt

3.1. Projektorganisation

Projektauslösung und Projektorganisation

Für die Projektauslösung und den Aufbau der Projektorganisation, die Beschaffung der Dienstleister und alle Prozesse des Projektmanagements gelten die entsprechenden Vorgaben und Weisungen des ASTRA und der Abteilung Strasseninfrastruktur.

Vorbereitungsarbeiten

Die Projektierungsstufe Ausführungsprojekt muss zur öffentlichen Auflage und schliesslich zur Genehmigung und Erteilung aller Sonderbewilligungen durch das GS-UVEK führen. Die Planungs- und Optimierungsinstrumente, welche auf der vorangegangenen Stufe des generellen Projektes eingesetzt wurden, bilden dabei die Basis und sind konsequent weiterzuführen. Sie dienen ihrerseits wieder als verbindliche Vorgaben für die nachfolgende Projektierungsstufe (Detailprojekt).

Projektjournal

Alle wesentlichen, ausgeführten Arbeiten und getroffenen Entscheide mit deren Begründung sowie die wesentlichen Korrespondenzen werden im Projektjournal der Projektleitung aufgezeichnet. Dies gilt auch für die im Rahmen der Einsprachenbehandlung - welche das GS-UVEK durchführt - getroffenen Entscheide oder allfällige Änderungen gegenüber dem GP.

3.2. Zusammenarbeit und Kontakte, Rollenverständnis

Zusammenarbeit mit externen Stellen

In die Erarbeitung und die Genehmigungsverfahren eines Ausführungsprojekts sind diverse externe Stellen involviert (GS-UVEK, BAFU, Kanton, Gemeinde/Dritte). Abbildung 3-1 zeigt auf, wie die Zusammenarbeit zwischen den am Projekt beteiligten Stellen seitens ASTRA und mit den externen Stellen geregelt ist.

Mit dieser Regelung wird die Einheitlichkeit der Zusammenarbeit allgemein mit den verschiedenen externen Stellen festgelegt und im Speziellen auch im Vollzug der Umweltgesetzgebung und anderen Spezialgesetzgebungen sichergestellt. Sie gilt für Ausbau- und Unterhaltsprojekte gleichermassen. Im Rahmen der jeweiligen Projektorganisation ist der Kanton frühzeitig von der Filiale zu begrüssen.

Abbildung 3-1:
Übersicht Zusammenarbeit und Kontakte

	GS-UVEK	Bundesämter	Kanton	Gemeinde / Dritte
ASTRA-Zentrale	***	***	**	*
ASTRA-Filiale	—	**	***	**
Projektverfasser	—	*	**	**

- *** Hauptkontakt; Verantwortlich für Abstimmung
- ** Wichtig für Zusammenarbeit
- * Kontakt nur in Spezialfällen
- Zusammenarbeit im Auftrag ASTRA-Zentrale

Interne Zusammenarbeit, Rollenverständnis

Das GS-UVEK ist die Leit- und Plangenehmigungsbehörde für die Ausführungsprojekte der Nationalstrasse. Gesuchstellerin für Ausführungsprojekte ist der Bereich Fachunterstützung im Auftrag des Chefs der Abteilung Strasseninfrastruktur. Insbesondere das BAFU, aber auch die anderen Bundesämter wirken mit als Fachämter des Bundes.

In der Abteilung Strasseninfrastruktur werden Ausführungsprojekte durch die Projektleitung der Filiale erarbeitet und vom Bereich Fachunterstützung eng begleitet:

- Die **Projektleitung der Filiale** verantwortet das Projektmanagement (Gesamtverantwortung für Kosten, Termine und Leitungen in den Projekten, Beschaffung und Leitung der Auftragnehmer).

Sie hat die eigentliche Bauherrenaufgabe und ist Vergabebehörde gegenüber den Planern und Unternehmern.

Bei der Projektentwicklung zieht sie die Fachspezialisten des Bereichs Fachunterstützung sowie die weiteren Fachspezialisten des Amtes (z.B. Bereiche Verkehrsmanagement und Langsamverkehr der Abteilung Strassennetze, etc.) bei.

Für Vollzugsaufgaben begrüsst sie die Vollzugsstelle Störfall und die Fachstelle Archäologie/Paläontologie des Bereichs Entwicklung/Stab sowie die Fachstelle Inventar historische Verkehrswege Schweiz (IVS) des Bereichs Langsamverkehr.

Sie sichert die filialinterne Koordination, insbesondere mit dem Einbezug und der Stellungnahme der Erhaltungsplanung (inkl. Gebietseinheit).

Je nach Bedarf zieht sie auch andere Stellen des ASTRA, insbesondere den Landerwerb, bei.

- Der **Bereich Fachunterstützung** hat gegenüber den Projektleitungen der Filialen die Verantwortung für die technischen Projekthinhalte und sorgt für die Einhaltung des Standards der Nationalstrasse.

Als Gesuchsteller prüft der Bereich Fachunterstützung die eingereichten Genehmigungsdossiers und ist der Ansprechpartner des Amtes gegenüber dem GS-UVEK.

Der Bereich Fachunterstützung steht dem GS-UVEK bei Bedarf als Sachverständiger für technische Belange zur Verfügung.

Verfahrensfragen und Festlegungen zwischen Ausbau und Unterhalt sind mit dem Bereich Fachunterstützung zu klären.

4. Ausarbeitung Ausführungsprojekt

Nicht jedes AP basiert direkt auf einem generellen Projekt. AP können auch erstellt werden, um Anpassungen oder Ergänzungen zur Strassenanlage festzulegen.

In jedem Fall werden aber im AP in definitiver Form jene gesetzlich begründeten Massnahmen festgelegt, welche aufgrund des generellen Projekts oder vorhergehender Studien (z.B. für Lärmschutzmassnahmen) evaluiert wurden und für die Ausführung berücksichtigt werden. Deren endgültige Wahl wird auf Antrag der Projektleitung an einer Projektsitzung getroffen.

Das AP berücksichtigt für den Kostenvoranschlag die Erstellung des Werks sowie alle notwendigen flankierenden Massnahmen (z. B. verkehrlich: Strassenrückbau, ökologisch: Ersatzmassnahmen).

Der parallel dazu erarbeitete UVB (vgl. Projektierungshilfe Vollzug Umweltgesetzgebung) hat die notwendigen und weitergehenden Massnahmen mit ihren Kostenfolgen auszuweisen und das Pflichtenheft für die ökologische und gestalterische Projekt- und Baubegleitung sowie für eine eventuelle Erfolgskontrolle zu enthalten.

4.1. Planung der Projektgenehmigungen

Bei Projekten mit vielen Inventarobjekten (insbesondere UPlaNS-Projekten) müssen zwecks Planung der Projektgenehmigungen folgende Pläne erstellt und mit der Projektentwicklung aktualisiert werden:

- **Plan der Inventarobjekte** Situationsplan mit allen Inventarobjekten im Projektperimeter
- **Genehmigungsplan** Plan/Tabelle aller notwendigen bundeseitigen Projekt-Genehmigungen und Verfügungen

Beide Pläne sind frühzeitig in den Projektphasen EK und MK unter Beizug der Fachunterstützung zu erarbeiten und dem jeweiligen internen Genehmigungsdossier beizulegen.

In den Projektphasen GP, AP, EK und MK werden die Inventarobjekte gesamthaft beurteilt und genehmigt. In den nachfolgenden Projektphasen DP und MP werden die Inventarobjekte einzeln beurteilt und genehmigt.

Nachdem das Projektdossier AP technisch sowie finanziell mit der Fachunterstützung bereinigt wurde, wird es dem Chef der Abteilung Strasseninfrastruktur zur Unterschrift und Einreichung an das GS-UVEK unterbreitet. Eine schriftliche Projekt-Genehmigung des ASTRA ist somit nicht notwendig.

Terminliche Randbedingungen

Die Planung der Projektierungsphasen muss berücksichtigen, dass die AP mindestens 2 Jahre vor geplantem Realisierungsbeginn sowie die DP mindestens 1 Jahr vor planmässigem Realisierungsbeginn definitiv genehmigt sein müssen.

Detailprojekte können nicht genehmigt werden, bevor die Plangenehmigungsverfügung rechtskräftig ist. Auf der Basis genehmigter Detailprojekte werden die Unternehmer-Submissionen erarbeitet.

Genehmigungs-Dossiers

Der Inhalt der Genehmigungsdossiers wird in den Fachhandbüchern, im Modul Projektierung, für den Regelfall festgelegt. Im Einzelfall ist der Inhalt mit der Fachunterstützung möglichst frühzeitig abzusprechen.

Weiter gelten für Ausführungsprojekte die Vorgaben gemäss den nachfolgenden Kapiteln dieser Projektierungshilfe.

Projektanpassungen

Anträge betreffend Projektanpassungen im Laufe der Projektierung (vgl. Kap. 2.3, Phase1) sind in den Projektsitzungen zu behandeln. Angenommene Anpassungsanträge werden entweder in den Sitzungen entschieden oder – im Fall von technisch relevanten Punkten – der Fachunterstützung zur Beurteilung unterbreitet. Anpassungen müssen nachvollziehbar dokumentiert werden.

Kosten

Die wesentlichen Grundlagen und Hinweise zu den Kosten sind in Kapitel 2.3 aufgeführt.

Für jede Projektphase sind gemäss Art. 17 NSV (vgl. Kap. 1.4, 2.2 und 2.3) Kosten und Nutzen zu bewerten und nach Bau-, Unterhalts- und Betriebskosten auszuweisen. Das gilt auch für die Beurteilung von Projektänderungen.

4.2. Variantenstudium und Variantenentscheid

Da bei der Ausarbeitung des Ausführungsprojektes die Elemente des generellen Projektes genauer definiert bzw. verfeinert werden, ist es in der Regel erforderlich, für die massgebenden Projektelemente Varianten und Lösungsmöglichkeiten zu untersuchen. Das gilt ebenfalls für Ausführungsprojekte, die kein generelles Projekt als Grundlage haben. Dabei sind folgende Schritte durchzuführen:

Problemanalyse

Stufengerechte Analyse der Ziele und Randbedingungen für das Projekt und der Konflikte in Bezug auf Strassenbau, Raumordnung, Umwelt, Sicherheit, Finanzen usw.

Ausloten des Variantenspielraumes

Bei der Erarbeitung der Varianten werden die in der vorangegangenen Projektierungsstufe festgestellten Handlungsspielräume so weit als nötig (und stufengerecht) ausgenützt.

Definition der zu untersuchenden Varianten

Auf Vorschlag der Projektleitung werden die zu prüfenden Varianten an einer Projektsitzung festgelegt. Diese können auch bestimmt werden aufgrund der seit Abschluss des vorausgegangenen generellen Projektes zusammengetragenen Informationen. Die Varianten werden dann in gleicher Bearbeitungstiefe ausgearbeitet, wobei der Detaillierungsgrad den Zielen des AP angepasst wird (stufengerechte Bearbeitung).

Bewertung der Varianten und Wahl der Bestvariante

Für die Wahl der für das weitere Verfahren zu berücksichtigenden Variante soll grundsätzlich auch die standardisierte Kosten-Wirksamkeitsanalyse (KWA) oder eine andere anerkannte Bewertungsmethode (z.B. NISTRA) herangezogen werden.

Auf Empfehlung der Projektleitung wird im Rahmen der Projektsitzung die definitive Wahl der für das Genehmigungsverfahren zu berücksichtigenden Variante getroffen. Die nicht berücksichtigten Varianten werden mit ihren wesentlichen Elementen im Genehmigungsdossier ebenfalls kurz „skizziert“.

Nachvollziehbarkeit der Entscheide

Projekt-Genehmigungen und Verfügungen markieren den Abschluss der jeweiligen Projektierungsphase. Diese Entscheide sowie alle weiteren relevanten Entscheide im Verlaufe der Projektierung und der Realisierung werden zwecks Nachvollziehbarkeit von der Projektleitung im Projektjournal festgehalten.

Vorbereitung Dossier

Die Projektleitung stellt sicher, dass die Ausarbeitung des Ausführungsprojekts gemäss den Geschäfts-Prozessen des ASTRA umgesetzt wird und damit die Erarbeitung des AP gesetzes- und normenkonform erfolgt. Alle Bestandteile für ein vollständiges Genehmigungsdossier sind in Art. 12 NSV aufgeführt. In den beiden nachfolgenden Kapiteln sind zu berücksichtigende Hinweise zu den einzelnen Bestandteilen des Ausführungsprojektes enthalten.

Das Formular „Vollständigkeitskontrolle Dossier AP“, gemäss Anhang 1 ist Dossierbestandteil. Mit seiner Unterschrift bestätigt der Projektleiter der Filiale, dass alle eingereichten Dossiers inhaltlich vollständig sind.

Die Filiale überprüft die in Kap. 4.4 aufgeführten Hinweise zu den Unterlagen für alle weiteren Bewilligungen, für die der Bund zuständig ist (Art. 12 Abs.1 Bst. m NSV). In diesem Rahmen kontaktiert sie die kantonalen Stellen (z. B. betreffend Deponiebewilligungen oder die Bewilligungen i. S. von Art. 12 Bst. m NSV).

4.3. Hinweise zu Art. 12 Abs. 1 NSV

Art. 12 NSV umschreibt die erforderlichen Unterlagen eines Ausführungsprojekts, die gesamthaft dem GS-UVEK einzureichen sind (siehe Kap.1.4 Gesetzliche Grundlagen).

Nachfolgend sind zu den einzelnen Dossierbeilagen Hinweise aufgeführt, um die Dossiers sachgerecht und vollständig vorzubereiten. Diese fallweise erforderlichen Beilagen sind auch auf dem Inhaltsverzeichnis zum AP-Dossier, resp. der Vollständigkeitskontrolle gemäss Anhang 1 aufzuführen. Aufzählung und Nummerierung haben mit dem Verordnungstext übereinzustimmen.

a) Übersichtsplan

- Der Übersichtsplan soll die Orientierung über die Lage des Projektes im weiteren Umfeld ermöglichen. Der Massstab ist nicht festgelegt, soll aber auch für nicht Ortskundige eine Orientierung ermöglichen.
- Übliche Massstäbe sind 1:25'000, 1:10'000 oder im städtischen Raum 1:5'000.

b) Situationspläne mit Angabe der Baulinien im Massstab 1:1000

- Die Angaben zu Baulinien bestehend und allenfalls neu sind zwingend. Die rechtswirksamen Baulinien (konform oder nicht konform mit ÖREB-Kataster) sind aus MISTRA-BS per Shapefile zu exportieren und dem Projektverfasser zur Verfügung zu stellen. Basis für die Bereinigung und Festlegung der Baulinien bildet der Standard „Bereinigung Baulinien“.
- Im Dossier AP sind keine Angaben zu Anpassungen des Unterhaltsperimeter zu machen. Die Bereinigungen des Unterhaltsperimeters, respektive der Bestandteile der Nationalstrasse gemäss Art. 2 NSV erfolgen nach Vorliegen der rechtskräftigen PGV durch die Filiale evtl. RDL.

- Da mit dem Landerwerb beim AP keine Impropriation erfolgt, muss mit betroffenen Dritten klar vereinbart werden, welche Anlagenteile eines AP sie nach der Realisierung bezüglich Eigentum und/oder Unterhaltskosten übernehmen.
- Der Massstab 1:1000 ist nicht zwingend, er kann situativ kleiner gewählt werden (z.B. 1:500 in städtischen Bereichen).

c) Längsschnitt im Massstab 1:1000 für die Längen und 1:100 für die Höhen

- Leitungen Dritter sollen ersichtlich sein. Insbesondere sind Leitungen/Anlagen darzustellen, für die ebenfalls Bewilligungen im Zuständigkeitsbereich des Bundes eingeholt werden müssen (vgl. Kap. 4.4).
- Der Massstab 1:1000 für die Längen und 1:100 für die Höhen ist nicht zwingend, kann situativ gewählt werden.
- Baulinien mit vertikalen Begrenzungen sind in den Längsschnitten ebenfalls darzustellen (vgl. Projektierungshilfe Standard Bereinigung Baulinien).

d) Normalprofil 1:50

- Das Normalprofil muss die wesentlichen geometrischen Elemente der Strassenanlage umfassen und auch deren wichtigsten technischen Angaben enthalten.
- Aufbau des Strassenkörpers und des Belags sind ebenfalls darzulegen (u.a. relevant wegen den akustischen Eigenschaften).
- Die lärmrechtlich relevanten akustischen Eigenschaften des Belags werden nicht mit der Belags-Bezeichnung verbindlich, sondern sind verbindlich im Lärm-Dossier festgelegt (z.B. - 1dB(A) oder - 3 dB(A)).

e) Querprofile im Massstab 1:100

- Baulinien mit vertikalen Begrenzungen sind in den Querprofilen ebenfalls darzustellen.

f) Hauptabmessungen Kunstbauten

- Die Kunstbauten sind mit ihren Hauptabmessungen darzustellen und im Technischen Bericht zu beschreiben. Für wichtige oder komplexe Kunstbauten sind zwingend separate Dokumente vorzusehen (vgl. Fachhandbuch Kunstbauten)

g) Technischer Bericht einschliesslich flankierender Massnahmen

- Unterschrift Nutzungsvereinbarung durch Filiale (vgl. Fachhandbuch Kunstbauten)
- Terminprogramme neutralisieren (Jahr 1, 2, etc.)
- Grundsätze und Vorgehen bei flankierenden Massnahmen FLAMA (vgl. Fachhandbücher, Modul Projektierung).

h) Entwässerungskonzept

- Das Entwässerungskonzept zeigt die Entwässerung der Strassenanlage auf. Dazu gehören Leitungsführung, allfällige Behandlung, Einleitung in Vorfluter etc..

i) Umweltverträglichkeit 3. Stufe

- Pflichtenheft 3. Stufe beilegen, falls aus GP vorhanden.
- Für jedes nicht UVP-pflichtige AP ist eine eigenständige Umweltnotiz gemäss der UVEK-Checkliste für nicht UVP-pflichtige Nationalstrassenprojekte zu erarbeiten. Zwecks einheitlicher

Lesbarkeit sind keine neuen Darstellungen zu erfinden (Darstellung und Struktur genau gemäss UVEK-Checkliste im UVP-Handbuch).

- Mehrwert für ASTRA und UBB generieren, indem die infolge Umweltnotiz notwendigen Massnahmen klar bestimmt und nummeriert werden.
- Insbesondere bei UPlaNS-Projekten soll der Inhalt der Umweltnotiz für nicht UVP-pflichtige AP aus Gründen der Lesbarkeit und Vergleichbarkeit mit dem Inhalt der Umweltnotiz für Unterhaltsprojekte übereinstimmen.
- Da die Thematik der Fruchtfolgeflächen im UVB und in der Umweltnotiz nur ungenügend behandelt ist, muss sie bei Bedarf ergänzt werden.

j) Angaben über die Kosten

- Für die Gliederung der Kosten und die Aufstellung der Kostenvoranschläge sind die Kontenpläne der Nationalstrasse als zwingende Vorgaben zu benutzen. Diese Grundlagen sind allenfalls über die Projektleitung der Filiale zu beziehen.
- Strukturierung der Kosten gemäss IC-Weisung für Phase AP: Die veranschlagten Projektkosten mit einer Genauigkeit von +/-15% enthalten die Positionen:
Projektierung, Landerwerb, Realisierung, Unvorhergesehenes / Diverses 10%, MwSt., Total.
- Allfällige Kostenteiler sind zwingend anzugeben und die entsprechenden Entscheide frühzeitig herbeizuführen. Die Kostenbeteiligung Dritter ist vorbehaltlos von der zuständigen Stelle schriftlich zuzusichern. Dieser Nachweis ist dem Genehmigungsdossier beizulegen.
- Bau-, Unterhalts- und Betriebskosten sind gesondert auszuweisen (Art. 17 Absatz 2 NSV).
- Die Ermittlung der Abgeltung für Unterhalt und Betrieb für Bauvorhaben mit Beteiligung Dritter hat nach Anhang 2 zu erfolgen.
- Die Kosten der durch Projekte der Nationalstrasse bedingten Verlegung von Leitungen des Fernmeldewesens müssen die gemäss Fernmeldegesetz konzessionierten Fernmeldedienst-Anbieterinnen selbst tragen (Art. 45 NSG und Art. 76 Verordnung über Fernmeldedienste FDV, SR 784.101.1).

k) Enteignungsplan

- Die Fachspezialisten Landerwerb von RDL sind durch die Projektleitung frühzeitig zur Behandlung der Landerwerbsfragen beizuziehen.
- Der Enteignungsplan hat nebst den dauernd und/oder vorübergehend beanspruchten Landflächen auch die Beanspruchung weiterer dinglicher Rechte Dritter wie Leitungsrechte (Dienstbarkeiten) darzustellen. Er hat bei einer vorübergehenden Beanspruchung zudem die ungefähre Dauer derselben auszuweisen.
- Ersatzaufforstungen und damit verbundener temporärer Landerwerb sind im Enteignungsplan aufzuführen.
- Die Unterschriftenliste(n) der Wald- bzw. Grundeigentümer/innen ist diesem Dossier beizulegen. Siehe dazu Hinweis unter Punkt 6 Seite 3 des Rodungsformulars BAFU, respektive nachfolgend und Kap. 4.4 Bst m).

l) Grunderwerbstabelle

- Die Grunderwerbstabelle hat nebst den dauernd und/oder vorübergehend beanspruchten Landflächen auch die Beanspruchung weiterer dinglicher Rechte Dritter wie Leitungsrechte (Dienstbarkeiten) zu enthalten. Sie hat bei einer vorübergehenden Beanspruchung zudem die ungefähre Dauer derselben auszuweisen.

m) Unterlagen für weitere Bewilligungen, für die der Bund zuständig ist

- Die Hinweise zu den betroffenen Bewilligungen und die zu beachtenden Punkte werden im nachfolgenden Kap. 4.4 behandelt.

n) allfälliges Schutz- und Grabungskonzept für archäologische und paläontologische Fundstellen.

- Die Notwendigkeit von speziellen Abklärungen gemäss Art. 7a NSV betreffend allfälliger Interessen des Natur- und Heimatschutzes sind bereits zu Beginn der Projektausarbeitung abzuklären.
- Der Fachspezialist Archäologie / Paläontologie definiert die dazu erforderlichen Projektgrundlagen und Abklärungen
- Er liefert die entsprechenden Angaben für UVB und AP-Dossier inkl. Prospektions-, Schutz- und Grabungskonzepte
- Für Neu- und Ausbauten massgebend ist die ASTRA-Weisung „Verfahren bei archäologischen und paläontologischen Bodenfunden im Nationalstrassenbau“.

4.4. Hinweise zu Unterlagen für weitere Bewilligungen, für die der Bund zuständig ist (Art. 12 Abs. 1 Bst. m NSV)

Gemäss Art. 26 NSG erteilt das Departement die Plangenehmigung für die Ausführungsprojekte und damit auch sämtliche nach Bundesrecht erforderlichen Bewilligungen. Die für die Erteilung dieser weiteren Bewilligungen nötigen Unterlagen sind zwingend mit dem Projektdossier zu liefern. Die Vorbereitung dieser Gesuche ist in der NSV unter Art. 12 Abs. 1 Bst. m. vorgesehen.

Typisch für die „**Unterlagen für weitere Bewilligungen, für die der Bund zuständig ist**“ sind folgende Merkmale:

- Die Bewilligungen müssen erteilt werden, damit die Realisierung des Projektes der Nationalstrassen möglich wird.
- Die Bewilligung ist im Bundesrecht verlangt; kantonale Bewilligungen sind nicht betroffen (vgl. Art. 16 Abs. 3 NSG).
Die nach kantonalem Recht erforderlichen Angaben müssten, soweit relevant, im Rahmen des Projektes geliefert werden. Die Zusammensetzung dieser Unterlagen richtet sich nach kantonalem Recht. Das GS-UVEK wird dieses Recht grundsätzlich berücksichtigen. Der Kanton stellt diesbezügliche Anträge ans GS-UVEK bei Ausbau-Projekten im Rahmen der kantonalen Stellungnahme).
- Die ordentliche Instanz für die Erteilung der Bewilligung ist nicht relevant. Über die Erteilung der Bewilligung entscheidet in jedem Fall die Leitbehörde (bei den Nationalstrassen: das GS-UVEK).
- Die Vollständigkeit der Unterlagen für Bewilligungen gem. Art. 12 Abs. 1 Bst. m NSV richtet sich nach den Vorschriften der speziellen Gesetzgebung (vgl. Beispiellisten unten). Die Angaben zu m1 bis m10 sind zwingend, weitere nach Bedarf.

Wichtige Hinweise zu Bewilligungen, die am häufigsten in Anwendung von Art. 26 Abs. 2 NSG und Art. 12 Abs. 1 Bst. m NSV erteilt werden, sind in den nachstehenden Beispiellisten für Infrastrukturen und für Umweltaspekte zusammengestellt.

Beispielliste Teil 1: Bewilligungen für Infrastrukturen

Anlagen, die unter diese gesetzlichen Vorgaben fallen, werden im Dispositiv der Plangenehmigungsverfügung des UVEK nicht ausdrücklich genehmigt.

Bewilligung Beschreibung Sachverhalt	ASTRA Projektausarbeitung Gesetzliche Grundlagen für die Zusammensetzung der Unterlagen	GS-UVEK Instruktion Zu konsultierende Fachstelle gem. 62a RVOG	Dispositiv <i>keine ausdrückliche Genehmigung</i>
m1 - Elektrische Leitungen Elektrische Hochspannungsleitungen werden verlegt, gemäss Art. 1 Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen VPEA (SR 734.25). Es wird in der direkten Umgebung der Hochspannungsleitungen gebaut (Abstände).	Gesuchsunterlagen: Art. 2 Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen VPEA (SR 734.25) Art. 2 Leitungsverordnung LEV (SR 734.31) usw.	ESTI; BFE	<i>Evtl. Art. 16 Abs. 1 ELEG, (SR 734) u.a.</i>
m2 - Gasleitungen Gashochdruckleitungen (gemäss Art. 2 und 3 der Rohrleitungsverordnung RLV (SR 746.11) werden verlegt Projekt in der Umgebung einer Gashochdruckleitung (10 m Abstand)	Gesuchsunterlagen: Art. 5 RLV Art. 27 RLV	BFE; ERI	<i>Art. 2 (& 21 ff.) Rohrleitungsgesetz RLG; (SR 746.1) 26 Abs. 1 RLV</i>
m3 -Eisenbahnanlagen Eisenbahnanlagen werden durch das Projekt betroffen	Art. 3 Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für Eisenbahnanlagen; VPVE (SR 742.142.1)	BAV	<i>Art. 18 ff. Eisenbahngesetz EBG; (SR 742.101)</i>
m4 - Sonderfall Deponien Es konnte keine Deponie in Anwendung des kantonalen Rechts rechtzeitig bewilligt werden		Kantone BAFU	<i>Bewilligung einer vorübergehenden Deponie</i>

Beispielliste Teil 2 - Bewilligungen zu Umweltaspekten gemäss Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG) und der Ausführungsgesetzgebung

Vorhaben und Massnahmen, die unter diese gesetzlichen Vorgaben fallen, werden im Dispositiv der Plangenehmigungsverfügung des UVEK ausdrücklich genehmigt.

Bewilligung Beschreibung Sachverhalt	ASTRA Projektausarbeitung Gesetzliche Grundlagen für die Zusammensetzung der Unterlagen	GS-UVEK Instruktion Zu konsultierende Fachstelle gem. 62a RVOG Dispositiv ausdrückliche Genehmigung
m5 - Rodung Als Rodung gilt die dauernde oder vorübergehende Zweckentfremdung von Waldboden. Grundsätzliches Verbot Art. 4 WaG (SR 921.0)	Art. 5 Waldverordnung WaV (RS 921.01) Rodungsformular BAFU unter http://www.bafu.admin.ch/publikationen Unterschrift PL als Bauherr Leitbehörde ist das GS-UVEK Unterschrift des kantonalen Forstamts ist zwingend (Seite 4/4 Rodungsgesuch) Die Unterschriftenliste(n) der Wald- bzw. Grundeigentümer/innen gemäss Hinweis unter Punkt 6 Seite 3 des Rodungsformulars BAFU ist dem Dossier unter Bst. k) Enteignungsplan beizulegen.	Kantone BAFU Art. 7 WaV
m6 - Beseitigung von Ufervegetation Grundsätzliches Verbot, Art. 21 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz NHG (SR 451) Bau von Brücken usw.: möglich	21 und 22 NHG, <i>evtl. i.V. mit Art. 5 WaV, Rodungsformular BAFU</i>	Kantone BAFU Art. 22 NHG Art. 38 Abs. 2 Gewässerschutzgesetz (GschG) (SR 814.20) Evtl. Art. 7 WaV
m7 - Erleichterungen Sanierungen/Projekt erfüllt nicht die Voraussetzungen nach Lärmschutzverordnung LSV (SR 814.41)	Erleichterungsanträge, vgl. Art. 14 LSV, evtl. i.V. mit Art. 7 und 8 LSV	Kantone BAFU Erleichterungsanträge, vgl. Art. 14 LSV, evtl. i.V. mit Art. 7 und 8 LSV

m8 - Fischerei Das Projekt sieht Fluss- und Bachverbauungen, Uferrodungen, Verlegung von Leitungen in Gewässer u. ä. vor (vgl. Art. 8 Bundesgesetz über die Fischerei BGF (SR 923.0))		Kantone BAFU Art. 8 ff BGF
m9 - Grundwasser In einem Gewässerschutzbereich werden Anlagen erstellt, die unter dem mittleren Grundwasserspiegel liegen, es wird eine Verminderung der Durchflusskapazität des Grundwassers von höchstens 10% verursacht (GSchV, Anh. 4, Ziff. 211 Abs. 2)	Art. 19 bis 21 Gewässerschutzgesetz GSchG (SR 814.20) und Art. 31 Gewässerschutzverordnung GSchV (SR 814.201)	Kantone BAFU Art. 19 Abs. 2 GschG Art. 32 GSchV
m10 - Schutz von Sonderarten Es werden Eingriffe in Lebensräume vorgesehen, welche unter die Schutzziele von Art. 18 Abs. 1bis des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz NHG (SR 451) fallen Vgl. auch Art. 14 der Verordnung über Natur- und Heimatschutz NHV (SR 451.1)	Beurteilung der Eingriffe, Ersatzmassnahmen vorsehen, Art. 18 Abs. 1bis NHG sowie Art. 14 Abs. 3 und 7 NHV	Kantone BAFU Art. 14 Abs. 6 NHV Art. 18 Abs. 1ter NHG

4.5. Gesuchsdossiers

Die Anzahl der für die öffentliche Planaufgabe erforderlichen Dossiers ist nach Abschluss der definitiven Prüfung des Dossiers zusammen mit der Fachunterstützung festzulegen. Dabei sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Für die Einreichung der Auflagedossiers sind unbedingt die Hinweise in Kap. 5.2 zu berücksichtigen.
- Die Festlegung, ob das ordentliche oder das vereinfachte Plangenehmigungsverfahren zur Anwendung kommt, wird nur durch das GS-UVEK entschieden.
- Bei Ausführungsprojekten, die nur zur Bereinigung von Baulinien erarbeitet werden, sind die Angaben zu Inhalt und Anzahl Dossiers sowie dem Vorgehen bei der Planaufgabe im Technischen Bericht Musterdossier AP „Bereinigung Baulinien“ massgebend.

Folgende Zusammenstellung hilft bei der Bestimmung der Anzahl Gesuchs-Dossiers für die Einreichung beim GS-UVEK:

- ... Expl. für Filiale (und Dritte) und allenfalls Reserve
- 1 Expl. für FU (falls zusätzliche Expl. Meldung an Filiale)
- 6 Expl. für UVEK (2 Expl. GS-UVEK, 2 Expl. BAFU, 1 Expl. Kanton, 1 Expl. Gemeinde)
- ... Expl. für UVEK respektive die Eidgenössische Schätzungskommission, wenn Enteignung
- ... Expl. für Kantone (zusätzliche Expl. nur falls gewünscht)
- ... Expl. für zusätzliche Gemeinde(n), je 1 Expl. pro Gemeinde (1 Expl. Ist beim GS-UVEK-Versand bereits mit eingerechnet)
- ... Expl. für andere Bundesämter (ohne BAFU, 2 Expl. sind beim GS-UVEK-Versand bereits mit eingerechnet): je nach Situation werden zusätzliche Dossiers für BAV, ARE, BFE (ERI), ESTI, BAK, BLW (falls Fruchtfolgeflächen FFF betroffen sind), etc. dem GS-UVEK mit dem Gesuch direkt eingereicht.

5. Plangenehmigungsverfahren

5.1. Allgemeine Hinweise

Um ein rasches Erkennen der für die einzelnen Prozessschritte zuständigen Fachstellen zu unterstützen, werden diese farbig hinterlegt. Zudem wird auf relevante Grundlagen und Anhänge verwiesen.

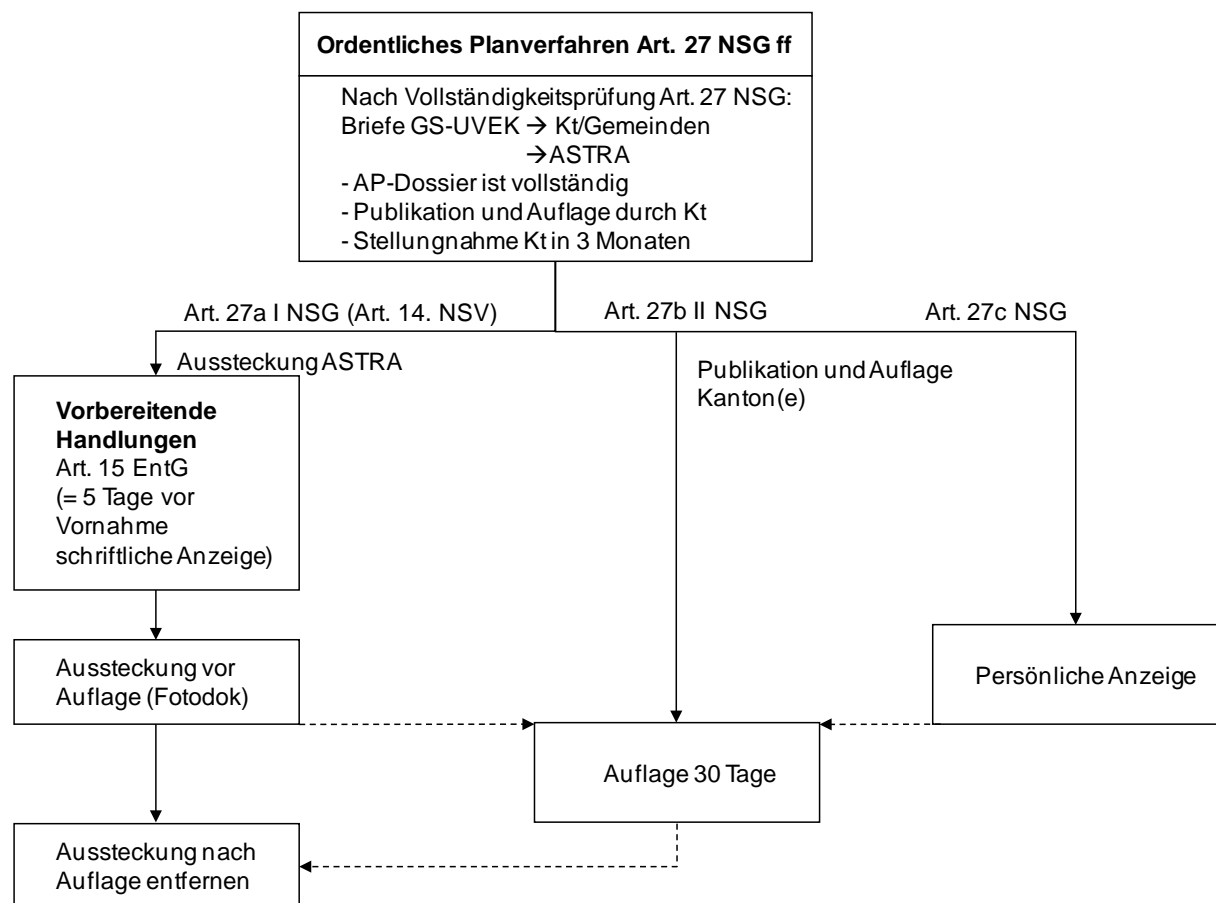
ASTRA zuständig für Prozessschritt

GS-UVEK zuständig für Prozessschritt

Kanton oder Dritte zuständig für Prozessschritt

Abbildung 5-1:

Durchführung der öffentlichen Auflage

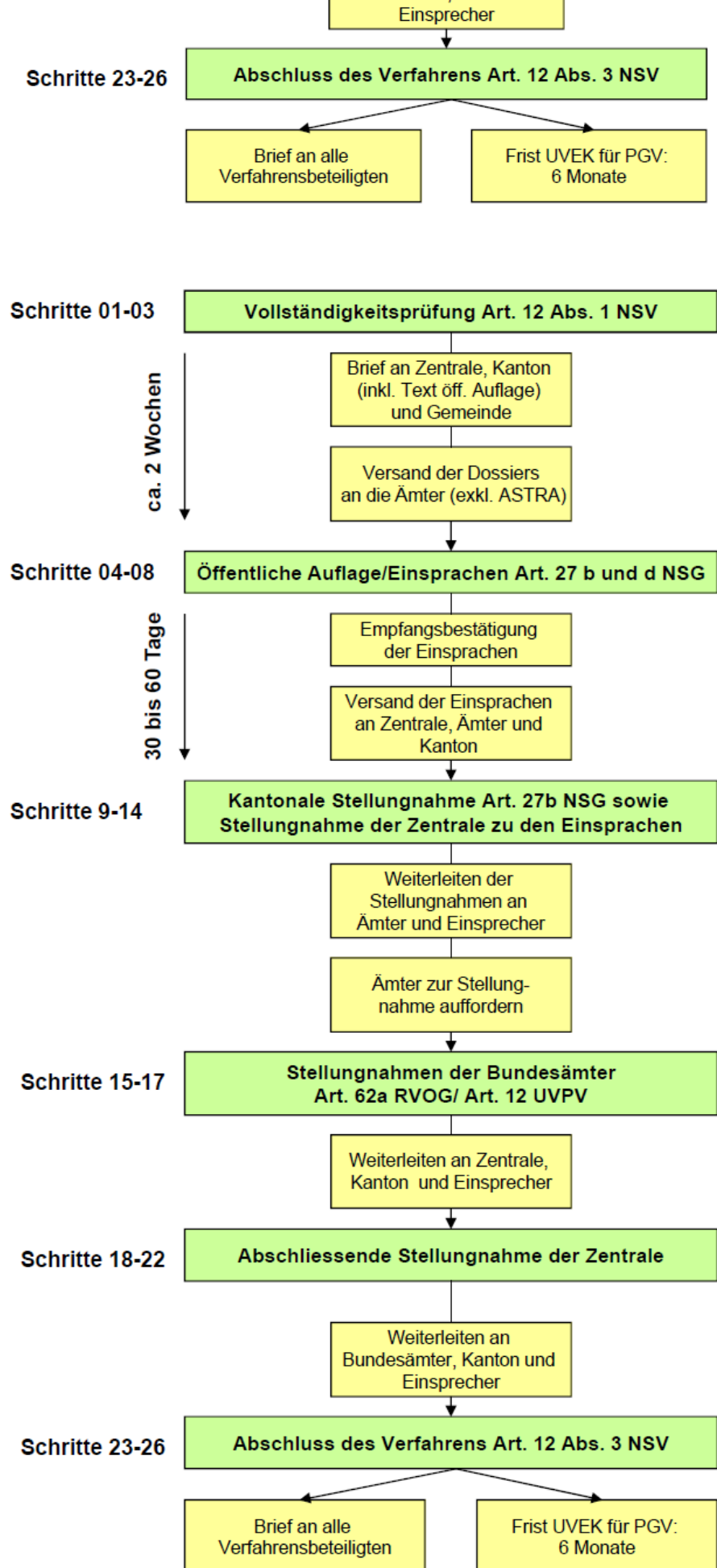


Plangenehmigungsverfahren

5 Monate

3 Monate

2 Monate



5.2. Öffentliche Planaufgabe

Schritt 1 Vorbereitung der öffentlichen Auflage

- Die Filiale nimmt für die Organisation der öffentlichen Auflage mit dem Kanton frühzeitig Kontakt auf.

Abbildung 5-1

Schritt 2 Einreichung Dossier beim GS-UVEK (damit wird das Gesuch hängig)

- Die Dossiers werden von der Fachunterstützung beim GS-UVEK mittels Gesuch eingereicht.
- Die Anzahl einzureichender Dossiers beträgt mindestens 6 Expl. pro Gesuch (vgl. Kap. 4.5)
- Weitere Dossiers werden nach Bedarf durch das GS-UVEK bei der Fachunterstützung nachbestellt.
- Wenn Enteignungen: 1 zusätzliches Dossier für die Eidgenössische Schätzungskommission verlangen.

Kap. 4.5

Schritt 3 GS-UVEK Vollständigkeitsprüfung, Einleitung des Verfahrens

- Formelle Prüfung. Materielle Ergänzungen sind im Laufe des Verfahrens möglich.
- Wenn Dossier (formell) vollständig, Einleitung Verfahren
- Das GS-UVEK entscheidet darüber, ob das **ordentliche** oder das **vereinfachte** Plangenehmigungsverfahren durchzuführen ist. Erscheint die Anwendung des vereinfachten Verfahrens als sinnvoll, nimmt das GS-UVEK mit der Fachunterstützung Kontakt auf, um die Situation konkret zu besprechen.
- ordentliches Plangenehmigungsverfahren: Schritte 4 und 5, dann ab 8
- vereinfachtes Plangenehmigungsverfahren: Schritte 6 und 7, dann ab 8
- Fristenlauf
- Brief GS-UVEK an Fachunterstützung:
Dossier in Ordnung für öffentliche Auflage durch Kanton (vereinfachtes Verfahren durch GS-UVEK).
- Briefe(e) GS-UVEK an Kanton(e):
 - o ASTRA hat um Genehmigung des Projekts ersucht.
 - o Kanton muss gemäss Art. 12 Abs. 2 NSV die öffentliche Auflage durchführen.
 - o GS-UVEK übermittelt gemäss Art. 27 b Abs. 1 NSG dem betroffenen Kanton das Gesuch inkl. 1 Dossier (je Kanton) und 1 Dossier je betroffene Gemeinde und fordert den Kanton auf, innert drei Monaten dazu Stellung zu nehmen.
 - o Beilage: Muster für die Publikation der öffentlichen Auflage.
 - o ASTRA wird sich für die Organisation der öffentlichen Auflage mit dem Kanton in Verbindung setzen und die noch nötige Aufgabendossiers liefern.
- Brief(e) GS-UVEK an Gemeinde(n):
ASTRA hat um Genehmigung des Projekts ersucht, der Kanton wird

Art. 27 NSG
Art. 12, Abs. 2 NSVordentliches Verfahren, Art. 26 ff NSG
Art. 26 ff NSG
vereinfachtes Verfahren, Art. 28a NSG, nur ausnahmsweise

Abbildung 5-2

Art. 27 b Abs. 1 NSG

sich im Rahmen der Organisation der öffentlichen Auflage mit den Gemeinden in Verbindung setzen.

- Briefe GS-UVEK an andere betroffenen Bundesämter: Information über die Einleitung des Verfahrens, Zustellung des Dossiers (Fristen beginnen zu laufen: 5 Mte. für UVP-pflichtige Bauvorhaben, 2 Mte. für nicht UVP-pflichtige Bauvorhaben).

Schritt 4 Ordentliches Verfahren, Art. 26 ff NSG

- Filiale allenfalls mit Unterstützung RDL: Durchführung der öffentlichen Auflage (Aussteckung, Publikation und persönliche Anzeige)

Art. 27 a Abs. 1 NSG

Art. 27 b Abs. 2 NSG

Art. 27 c NSG

- Der Publikationstext wird rechtzeitig vor der öffentlichen Auflage durch Kanton ans GS-UVEK sowie die Filialen weitergeleitet.

Schritt 5 Ordentliches Verfahren, Art. 26 ff NSG

- Einsprachemöglichkeit
 - o Alle
 - o Legitimationsprüfung erfolgt später durch das GS-UVEK

Art. 27d und 28a Abs. 2 NSG

Schritt 6 Vereinfachtes Verfahren, Art. 28a NSG

- Das GS-UVEK macht die Betroffenen auf ihre Rechte (EntG und NSG) aufmerksam, soweit nötig

28a Abs. 2 NSG

Schritt 7 Vereinfachtes Verfahren, Art. 28a NSG

- Einsprachemöglichkeit
 - o Alle Betroffenen
 - o Legitimationsprüfung ist vorher durch das GS-UVEK erfolgt

Art. 27d und 28a Abs. 2 NSG

Schritt 8 Einsprachefrist

- 30 Tage
- Fristenstillstand: die Fristen laufen nicht
- Einsprachefrist für Betroffene 30 Tage

Art. 27b Abs. 2 NSG
Art. 22a VwVG

5.3. Einsprachebehandlung

Alle nachfolgenden Schritte gelten sinngemäss auch für das vereinfachte Verfahren (Art. 28a Abs. 2 NSG). Es gelten die normalen Fristen, wie beim ordentlichen Verfahren.

Schritt 9 Nach Ablauf der Einsprachefrist der öffentlichen Auflage

- Das GS-UVEK leitet die Einsprachen an den Kanton, an die Fachunter-

Art. 27 e NSG

stützung und an die betroffenen Bundesämter weiter.

- Die Fachunterstützung wird zur Stellungnahme zu den Einsprachen aufgefördert. In der Regel gelten die Fristen 1 Mt. bis 10 Einsprachen, dann 2 Mte.
- Das GS-UVEK schickt alle Einsprachen in einem einzigen Versand an die Fachunterstützung. Dazu werden die Einsprachen zwecks einfacher Handhabung durchnummeriert.

Art. 62b RVOG

Schritt 10 Evtl. Einigungsgespräche

- Die Filialen können gegenüber den Einsprechenden jederzeit allgemeine Projekterläuterungen abgeben.
- Die Filialen dürfen keine Einspracheverhandlungen durchführen, keine Projektänderungen vornehmen oder Zugeständnisse machen (bei Einigung droht den Einsprechenden der Verlust ihrer Rechte)
- Einspracheverhandlungen erfolgen unter der Leitung des GS-UVEK zu einem späteren Zeitpunkt
- Falls durchgeführt werden sollen, nimmt die Fachunterstützung vorgängig mit dem GS-UVEK Kontakt auf.
- Das Protokoll der Einigungsgespräche ist umgehend schriftlich von der Fachunterstützung dem GS-UVEK zuzustellen
- Allenfalls daraus resultierende Projektänderungen werden formell ins Verfahren aufgenommen

Schritt 16

Schritt 11 Stellungnahme Filiale

- Die Fachunterstützung leitet die vom GS-UVEK zugestellten Einsprachen mittels Auftrag und Frist weiter an:
die Filiale, zur Erarbeitung der Stellungnahme ASTRA
RDL zur Kenntnis
- Die Filiale erarbeitet die Stellungnahme ASTRA selbständig (mit BL Support, evtl. BHU und falls nötig FaS Fachunterstützung)
- Benötigt die Filiale juristische oder landerwerbsrechtliche Hilfeleistung, so wendet sie sich an RDL.
- RDL prüft, ob sie die Fragen selber termingerecht beantworten kann. Andernfalls benennt RDL geeignete Anwaltskanzleien, welche sodann durch die Filiale zu beauftragen sind.
- Die Filiale leitet die vorbereiteten Stellungnahmen ASTRA termingerecht per Fabasoft an die Fachunterstützung und RDL weiter.
- Terminverzögerungen sind frühzeitig der Fachunterstützung zu melden.
- Fristerstreckung wird nur von der Fachunterstützung schriftlich beim GS-UVEK beantragt.

Schritt 12 Stellungnahme ASTRA

- Die Fachunterstützung führt bei Bedarf mit RDL die Schlussredaktion der Stellungnahmen ASTRA durch.
- Nach Bereinigung der Stellungnahmen ASTRA Visum BL FU, Unterschrift Chef Abteilung Strasseninfrastruktur, Weiterleitung an GS-UVEK.

Schritt 13 Stellungnahme Kanton

- Inhalt und Zweck der kantonalen Stellungnahme: Der Kanton äussert sich zum Projekt, zu den Einsprachen, zu den Bewilligungen usw.
- Der Kanton erstellt eine einzige konsolidierte Stellungnahme mit klaren Anträgen (widersprüchliche Anträge einzelner Ämter oder Stellen sind durch den Kanton zu bereinigen).
- Frist Kanton für seine Stellungnahme: 3 Monate.

Art. 27b Abs. 1 NSG

Schritt 14 Nach Erhalt der kantonalen Stellungnahme und der Stellungnahme des ASTRA

- Das GS-UVEK leitet die Stellungnahmen an die Verfahrensbeteiligten weiter (ASTRA, Einsprechende, Kanton).
- Die betroffenen Bundesämter (aber nicht das ASTRA) werden zur Stellungnahme aufgefordert.
- Die Fachunterstützung prüft die kantonale Stellungnahme und leitet sie an den Projektleiter der Filiale z.K. weiter
- Das ASTRA äussert sich in der Regel nicht zu diesem Zeitpunkt, kann sich aber bei Bedarf innerhalb der gesetzten Frist dazu äussern.
- Das GS-UVEK kann ausnahmsweise das ASTRA doch bereits jetzt zur Stellungnahme auffordern z.B. falls grobe Differenzen zur Stellungnahme des Kantons bestehen.
- Die Fachunterstützung kann in Absprache mit der Filiale Stellung nehmen, darauf verzichten, allenfalls Ergänzungen nachreichen oder das Gesuch zurückziehen (Unterschrift Chef Abteilung Strasseninfrastruktur)

Schritt 15 Stellungnahme Bundesämter

- Ziel: Meinungen der Fachstellen einholen (Anhörung)
- Evtl. werden die Bundesämter auf materielle Lücken im Dossier hinweisen.
- Fristen Bundesämter für Stellungnahmen:
 - o 2 Monate (ab Erhalt der kantonalen Stellungnahme)
 - o für UVP-Projekte: 1 Monat (ab Erhalt der kantonalen Stellungnahme), vorgängig 2 Monate für Voruntersuchung und Pflichtenheft
- Die Fachunterstützung prüft die Stellungnahmen der Bundesämter und leitet sie an den Projektleiter der Filiale z.K. weiter
- Das ASTRA äussert sich in der Regel nicht zu diesem Zeitpunkt, kann sich aber bei Bedarf innerhalb der gesetzten Frist dazu äussern.

Art. 62a RVOG

Art. 62a RVOG
Art. 12a Abs. 2
UVPV**5.4. Einspracheverhandlungen****Schritt 16 Einspracheverhandlungen, evtl. Augenschein**

- Leitung durch das GS-UVEK
- Enteignete haben Anspruch auf Verhandlung
- Übrige optional (Akzeptanz)
- Ziel: Sachverhalt klären und Grund der Einsprache gut verstehen

Instruktion nach
VwVG

- Augenschein nach Bedarf
- Die Fachunterstützung wird als Gesuchstellerin vorgeladen.
- Sie nimmt bei Bedarf die Projektleiter der Filiale mit.

Schritt 17 Evtl. Projektänderungen Art. 15 NSV

- Müssen allen Betroffenen zugestellt werden.
- Bei grossen Änderungen wird evtl. eine erneute öffentliche Auflage nötig
- Bei Rodungen ist die öffentliche Auflage zwingend (WaG)

5.5. Abschliessende Stellungnahmen

Schritt 18 Aufforderung zur abschliessenden Stellungnahme

- Das GS-UVEK leitet die Stellungnahmen Kanton und Bundesämter an die Fachunterstützung weiter.
- Das GS-UVEK fragt die Fachunterstützung an, ob sie mit allen Anträgen des Kantons und der Bundesämter einverstanden ist (= künftige Auflagen im Entscheid UVEK)
- Weil das ASTRA im Gegensatz zum Kanton keine Beschwerdelegitimation hat, trägt das GS-UVEK eine grössere Verantwortung bei der Vorbereitung der Genehmigung der Projekte.
- Es ist deshalb nötig, beim Verfahrensschritt „abschliessende Stellungnahme des Gesuchstellers“ genau zu prüfen, welche Fragen noch offen sind und durch die Gesuchstellerin zu klären wären, insbesondere die Aufnahme von allfälligen Projektänderungen (Auflagen) in die Plangenehmigungsverfügung.

Schritt 19 Abschliessende Stellungnahme ASTRA zu den Einsprachen und Anträgen Kanton und Bundesämter

- Die Fachunterstützung leitet die Stellungnahmen Kanton und Bundesämter mittels Auftrag und Frist weiter an:
 - o die Filiale, zur Erarbeitung der abschliessenden Stellungnahme ASTRA
 - o RDL zur Kenntnis
- Die Filiale erarbeitet die abschliessende Stellungnahme ASTRA selbstständig (mit BL Support, evtl. BHU und falls nötig FaS FU).
- Benötigt die Filiale juristische oder landerwerbsrechtliche Hilfeleistung, so wendet sie sich an den RDL.
- Die Filiale leitet die vorbereitete abschliessende Stellungnahme ASTRA termingerecht an die Fachunterstützung und RDL weiter.
- Terminverzögerungen sind frühzeitig der Fachunterstützung zu melden.
- Fristerstreckung wird nur von der Fachunterstützung beim GS-UVEK beantragt.

Schritt 20 Abschliessende Stellungnahme ASTRA

- Die Fachunterstützung führt bei Bedarf mit RDL die Schlussredaktion der abschliessenden Stellungnahme ASTRA durch.
- Nach Bereinigung Visum BL FU, Unterschrift Chef Abteilung Strasseninfrastruktur, Weiterleitung an GS-UVEK.

Schritt 21 Evtl. Bereinigung durch GS-UVEK

- Je nach abschliessender Stellungnahme ASTRA:
 - o Evtl. Rücksprache mit dem betroffenen Bundesamt / mit der Gesuchstellerin Fachunterstützung / mit dem Kanton
 - o Evtl. Bereinigungen nach 62b RVOG.

Art. 62b RVOG

Schritt 22 Abschluss der Instruktion

- Das GS-UVEK teilt allen Parteien, der Gesuchstellenden Fachunterstützung und den anderen Bundesämtern den Abschluss der Instruktion mit.

5.6. Umgang mit Einsprachen gegen Landerwerb**Verfügungsbeschränkungen im Grundbuch**

Gemäss Art. 43 Abs. 1 EntG kann der Enteigner im Grundbuch eine Verfügungsbeschränkung vormerken lassen. Zwecks Sicherstellung des Landerwerbs gegenüber Dritten **kann** dies für gewisse Projekte sinnvoll sein. Der Entscheid dazu liegt beim Landerwerb des Bereichs RDL.

5.7. Plangenehmigungsverfügung**Schritt 23 Redaktion Entscheid GS-UVEK**

- Innert 6 Monate (Ordnungsfrist) ab Abschluss des Instruktionsverfahrens erfolgt erstellt das GS-UVEK die Plangenehmigungsverfügung.
- Diese Frist beginnt bei jeder zusätzlichen Abklärung durch das GS-UVEK neu zu laufen.

Schritt 24 Eröffnung des Entscheides durch das GS-UVEK

- Der gesuchstellenden Fachunterstützung per Email und per Post, zur Information
- Dem Kanton, mit Beschwerdemöglichkeit
- Den Einsprechern, mit Beschwerdemöglichkeit
- Den angehörten Bundesstellen, zur Information
- Die Fachunterstützung informiert umgehend und umfassend ASTRA-intern durch Mail und per FABASOFT

5.8. Inkrafttreten Entscheid des UVEK

Schritt 25 Inkrafttreten des Entscheides des UVEK

- Die Entschädigungsbegehren und ein genehmigtes Dossier werden vom GS-UVEK an den zuständigen Präsidenten der Eidgenössischen Schätzungskommission weitergeleitet.
- Das GS-UVEK meldet der Fachunterstützung per Email die Rechtsgültigkeit der Plangenehmigungsverfügung (ca. 2 Monate nach Verfügung).
- Die Fachunterstützung erhält 1 Exemplar des genehmigten Plandossiers inkl. Genehmigungsstempel GS-UVEK und Datum.
- Die Zentrale leitet dieses Plandossier an die Filiale zur Archivierung weiter.

5.9. Bekanntmachung Baulinien

Schritt 26 Bekanntmachung Baulinien

- Die Daten der rechtskräftigen, der Plangenehmigungsverfügung entsprechenden Baulinien (inkl. pdf der entsprechenden Situationspläne) sind im Auftrag der Filiale dem Bereich Strategische Informatik als Shape-Files zu übergeben.
- Der Bereich Strategische Informatik erstellt die Daten und Situationspläne in MISTRA-Basisssystem.
- Die Filiale organisiert die Bekanntmachung der neuen Baulinien in den betroffenen Gemeinden.
- Die neuen Baulinien werden damit rechtswirksam
- *Künftig soll die Bekanntmachung durch das Einstellen der Bauliniendaten in den ÖREB-Kataster durch den Bereich Strategische Informatik erfolgen können. Der Ablauf ist mit dem Inkrafttreten des vorgesehenen Art. 13a NSV dannzumal anzupassen.*

Standard Baulinien

Art. 29 NSG

Art. 13a NSV

Anhang 1: Vollständigkeitsprüfung Dossier Ausführungsprojekt

Vollständigkeitsprüfung Dossier AP

Projektname/Bezeichnung gemäss TD-Cost

Gemäss NSV Art. 12 Abs. 1 für das Plangenehmigungsgesuch einzureichende Unterlagen		Bezeichnung / Bemerkung Plan inkl. Massstab / Bericht	Bericht- / Plan Nr.
a	Übersichtsplan	Übersicht 1:10'000	1234.01
b1	Situationspläne mit Angabe der Baulinien	Situation Teil Nord 1:1000	1234.02
b2		Situation Teil Süd 1:1000	1234.03
c	Längsschnitt	Nicht erforderlich	---
d	Normalprofil	Nicht erforderlich	---
e1	Querprofile	Querprofile Teil Nord 1:100	1234.04
e2		Querprofile Teil Süd 1:100	1234.05
f	Hauptabmessungen der Kunstbauten	Wildbrücke, Durchlässe 1:100	1234.06
g1	Technischer Bericht einschliesslich flankierender Massnahmen	Technischer Bericht	1234.07
g2		Variantenbeurteilung mit NISTRA	
h	Entwässerungskonzept	SABA Unterdorf Situation/Schnitte	1234.08
i	Umweltverträglichkeitsbericht 3. Stufe	Umweltverträglichkeitsbericht	1234.09
j	Angaben über die Kosten	Kostenvoranschlag	1234.10
k1	Enteignungsplan	Enteignungsplan Teil Nord 1:1000	1234.11
k2		Enteignungsplan Teil Süd 1:1000	1234.12
l	Grunderwerbstabelle	Grunderwerbstabelle	1234.13
m	m1: Elektrische Leitungen	Verlegung 220 kV-Leitung EBM	1234.14-18
	m2: Gasleitungen	Nicht erforderlich	---
	m3: Eisenbahnanlagen	Nicht erforderlich	---
	m4: Sonderfall Deponien	Nicht erforderlich	---
	m5: Rodung	Dossier Rodung	---
	m6: Beseitigung Ufervegetation	Nicht erforderlich	---
	m7: Erleichterungen LSV	Nicht erforderlich	---
	m8: Fischerei	Nicht erforderlich	---
	m9: Grundwasserschutz	Nicht erforderlich	---
	m10: Schutz von Sonderarten	In UVB enthalten	---
n	Schutz- und Grabungskonzept archäologische/paläontologische Fundstellen	In UVB enthalten	---

Ort, Datum

Unterschrift Projektleiter Filiale

Anhang 2: Einmalige Abgeltung für Unterhalt und Betrieb von Bauvorhaben mit Beteiligung Dritter



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Bundesamt für Strassen ASTRA

F471-0298 (d) / G102-0215 (f)

Einmalige Abgeltung für Unterhalt und Betrieb von Bauvorhaben mit Beteiligung Dritter

1. Allgemeines

Bauvorhaben mit Beteiligung Dritter sollen bezüglich den jährlich anfallenden Unterhalts- und Betriebskosten mittels einer einmaligen Abgeltung korrekt abgerechnet werden. Durch die Anpassung des Kostenteilers für die Baukosten entfallen jährlich wiederkehrende Abrechnungen und die damit verbundenen administrativen Aufwändungen.

Diese Regel stellt die Gleichbehandlung von Bauvorhaben mit Beteiligung Dritter sicher. Sie gilt für alle Bauvorhaben im Perimeter der Nationalstrasse inklusive Projekte der Netzvollendung.

Die hier dargelegte Bestimmung der einmaligen Abgeltung ist ebenfalls für Abgeltungen der Nationalstrasse zu Gunsten Dritter anzuwenden.

2. Grundlagen

Nationalstrassenverordnung (NSV SR 725.111)

2. Kapitel: Bau, Ausbau und Nutzung der Nationalstrassen, 1. Abschnitt: Planung und Projektierung

Art. 17 NSV Kosten

¹ Das ASTRA bestimmt für jede Projektphase, wie die Kosten zu ermitteln sind.

² Beim generellen Projekt und beim Ausführungsprojekt sind Kosten und Nutzen zu bewerten sowie die Bau-, Unterhalts- und Betriebskosten gesondert auszuweisen. Das gilt ebenfalls für Massnahmen, die sich auf materielles Recht ausserhalb der Strassenbaunormen stützen.

³ In jeder Projektphase sind die von Dritten gestellten Forderungen nach Projektveränderungen auszuweisen und technisch und ökologisch sowie hinsichtlich Kosten und Nutzen zu bewerten.

⁴ Nach allfälligen Änderungen aufgrund von Einsprache- und Rechtsmittelentscheiden sind die Angaben über die Kosten des Ausführungsprojekts anzupassen.

Bundesgesetz über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVG, SR 725.116.2)

3. Kapitel: Finanzierung der Nationalstrassen

Art. 8 Bau und Ausbau

...

³ Bei Anlagen im Sinne von Artikel 6 des Bundesgesetzes vom 8. März 1960²⁶ über die Nationalstrassen, die auf Wunsch der Kantone erstellt werden und überwiegend kantonalen, regionalen oder lokalen Interessen dienen, tragen die Kantone die Bau und Ausbaukosten. Die Kosten des künftigen betrieblichen Unterhalts sind mit einzurechnen. Ausnahmsweise kann sich der Bund bis zu 30 Prozent an den anrechenbaren Kosten beteiligen. Der Bundesrat entscheidet im Einzelfall.

F471-0298 / Einmalige Abgeltung für Unterhalt und Betrieb von Bauvorhaben mit Beteiligung Dritter

Art. 9 Unterhalt

...

³ Bei Anlagen im Sinne von Artikel 6 des Bundesgesetzes vom 8. März 1960²⁷ über die Nationalstrassen, die auf Wunsch der Kantone erstellt wurden und überwiegend kantonalen, regionalen oder lokalen Interessen dienen, tragen die Kantone die Unterhaltskosten. Der Bund kann sich im gleichen Umfang wie an den Baukosten beteiligen. Der Bundesrat bestimmt die Einzelheiten.

⁴ Als Kosten gelten die Aufwendungen der Projektierung, der Arbeiten selbst, der Aufsicht und der Verwaltung.

Der Zeitraum, über welchen die jährlichen Kosten für Unterhalt und Betrieb zu berücksichtigen sind, soll aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eine optimale Nutzung des Strassenraums berücksichtigen. Aus dieser Optik werden die folgenden, eher konservativen Zeiträume gewählt:

- 25 Jahre für kleinere Bauwerke wie Lärmschutzwände, Anpassungen Trasse und Anschlüsse, etc.
- 50 Jahre für grössere Bauwerke wie ganze Anschlüsse, Brücken, Unterführungen, Eindeckungen, etc.
- Für spezielle Bauwerke z.B. mit hohem Anteil an Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen, mit begrenztem Zeitwert, mit Abbruchkosten zu Lasten der Nationalstrasse, etc. sind separate Untersuchungen auf der Basis der hier genannten Grundsätze anzustellen.

3. Ermittlung der Abgeltungssätze

Auf der Basis der gesetzlichen Grundlagen und den Festlegungen zur Nutzungsdauer (Kap. 2) wird das Folgende festgehalten:

- „Lokale Anlagen, die gleichzeitig mit der Autobahn ausgeführt werden können, aber nicht den Bedürfnissen der Nationalstrasse entsprechen, werden vom Kanton und den Gemeinden finanziert, welche diese verlangen.“
- „Massnahmen zur Verbesserung des Nationalstrassenprojektes, welche technisch oder gesetzlich nicht notwendig sind (...) müssen grundsätzlich von jenen finanziert werden, welche sie verlangen.“
- Die jährlichen Kosten für Unterhalt und Betrieb von Anlageteilen Dritter sind wie folgt zu berechnen:

○ jährliche Unterhaltskosten	1.2 % x Baukosten	1.2 % x Baukosten
○ jährliche Betriebskosten	gemäss Mittelwert*	0.5 % x Baukosten
○ jährliche Kosten Anlageteile Dritter		1.7 % x Baukosten

*) Schweizerischer Mittelwert, Müller AG Chur
- Weder die künftig anfallende Teuerung auf Unterhalts- und Betriebskosten, noch die sich verändernden Standards der Anlagen sind zusätzlich zu berücksichtigen.
- Der Kapitalisierungszinsfuss (i) orientiert sich an den Renditen der Obligationen der Eidgenossenschaft. Der Kapitalisierungszinsfuss ist wie folgt zu berechnen:
 - Rendite der 30-jährigen Obligation (Quelle: www.snb.ch, Publikationen, Statistische Publikationen, statistisches Monatsheft, E4 Rendite von Obligationen, PDF)

F471-0298 / Einmalige Abgeltung für Unterhalt und Betrieb von Bauvorhaben mit Beteiligung Dritter

In Prozent / En pour-cent										
Jahresmittel ² Monatsende Datum	CHF							EUR	USD	
	Obligationen der Eidgenossenschaft							Deutsche Staats- anleihen	US-Treasury Bond issues	
Moyenne annuelle ² Fin de mois Date	Obligations de la Confédération							Obligations de l'Etat allemand	Obligations du Trésor américain	
	2 Jahre 2 ans	3 Jahre 3 ans	4 Jahre 4 ans	5 Jahre 5 ans	7 Jahre 7 ans	10 Jahre ³ 10 ans ³	20 Jahre 20 ans	30 Jahre 30 ans	10 Jahre 10 ans	10 Jahre 10 ans
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
2003	0.79	1.14	1.46	1.72	2.16	2.63	3.48	3.85	4.29	4.36
2004	1.11	1.42	1.70	1.94	2.32	2.73	3.36	3.61	4.23	4.53
2005	1.14	1.32	1.48	1.62	1.85	2.11	2.55	2.78	3.46	4.38
2006	1.96	2.11	2.20	2.28	2.39	2.50	2.67	2.74	3.85	4.83
2007	2.65	2.68	2.64	2.70	2.81	2.91	3.05	3.32	4.30	4.73
2008	2.01	2.10	2.27	2.44	2.70	2.93	3.22	3.32	4.20	4.05
2009	0.52	0.82	1.12	1.39	1.82	2.22	2.72	2.88	3.61	3.75
2010	0.44	0.59	0.78	0.98	1.31	1.65	2.05	2.11	3.00	3.48
2011	0.35	0.48	0.66	0.84	1.16	1.48	1.85	1.93	2.93	2.97
2012	-0.09	-0.12	-0.04	0.10	0.37	0.66	1.05	1.18	1.69	1.86
2012 03	0.09	0.08	0.18	0.31	0.58	0.85	1.33	1.33	1.99	2.35
2012 04	0.04	0.01					0.74	1.23	1.80	2.03
2012 05	-0.16	-0.20					0.61	1.06	1.38	1.61
2012 06	-0.34	-0.31					0.68	1.03	1.73	1.71
2012 07	-0.32	-0.35					0.56	0.93	1.06	1.55
2012 08	-0.33	-0.36					0.57	0.95	1.08	1.61
2012 09	-0.10	-0.15					0.60	1.00	1.13	1.54
2012 10	-0.06	-0.14					0.60	1.02	1.16	1.76
2012 11	-0.10	-0.17					0.53	0.95	1.10	1.65
2012 12	-0.12	-0.16					0.56	1.00	1.16	1.81
2013 01	0.05	0.10					0.79	1.22	1.37	2.08
2013 02	0.03	0.00					0.72	1.15	1.30	1.95
2013 03	-0.01	-0.05					0.75	1.20	1.36	1.92
2008: 3.32% 2009: 2.88% 2010: 2.11% 2011: 1.93% 2012: 1.18% Mittelwert: 2.28%										

- Arithmetisches Mittel der Rendite der 30-jährigen Obligation der letzten 5 Jahre (z.B. 2008 bis 2012 ergibt $i = 2.28\%$)
- Der Zeitwert der jährlichen Kosten über 25 Jahre berechnet sich wie folgt:
 - Formel:
$$\text{Zeitwert} = (1.7\% \times \text{Baukosten}) \times ((1+i)^{25} - 1) / (i \times (1+i)^{25})$$
 - für $i = 2.28\%$ ergibt sich ein Zeitwert von $0.32 \times \text{Baukosten}$
- Der Zeitwert der jährlichen Kosten über 50 Jahre berechnet sich wie folgt:
 - Formel:
$$\text{Zeitwert} = (1.7\% \times \text{Baukosten}) \times ((1+i)^{50} - 1) / (i \times (1+i)^{50})$$
 - für $i = 2.28\%$ ergibt sich ein Zeitwert von $0.50 \times \text{Baukosten}$

4. Vorgehen

- Anlageteile Dritter, welche dem Unterhalt und Betrieb der Nationalstrasse unterstellt werden sollen, sind detailliert auszuscheiden und deren Baukosten sind zu bestimmen. Falls keine einfache Ausscheidung möglich ist, so sind die anrechenbaren Baukosten aufgrund eines der Nationalstrasse entsprechenden Referenzprojektes zu bestimmen.
- Die Eigentumsverhältnisse an den Anlageteilen Dritter sind zu klären. Entsprechende Auswirkungen auf den Kostenteiler sind aufgrund einer Betrachtung über die ganze Lebensdauer der Anlageteile zu berücksichtigen (z.B. Ersatzinvestition, Rückbaukosten, etc.).
- Aufgaben, Verantwortung und Kompetenzen für Unterhalt und Betrieb sind situativ mittels Vereinbarung festzulegen.
- Für die ausgeschiedenen Anlageteile ist der Zeitraum, über welchen die jährlichen Kosten zu berücksichtigen sind, festzulegen (25 Jahre, 50 Jahre, Spezialfall).
- Der Zeitwert der jährlichen Kosten ist gemäss obigen Formeln zu berechnen.

F471-0298 / Einmalige Abgeltung für Unterhalt und Betrieb von Bauvorhaben mit Beteiligung Dritter

- Der Zeitwert ist bei der Festlegung des Kostenteilers zwecks einmaliger Abgeltung in der Projektgenehmigung zu berücksichtigen.
- Die Abgeltung wird spätestens mit der Inbetriebnahme der Anlage fällig. Es können Zahlungspläne vereinbart werden.

5. Rechenbeispiel

Baukosten gemäss KV Ausführungsprojekt	18.500 Mio.
Anrechenbare Baukosten der Nationalstrasse	16.650 Mio.
nicht anrechenbare Baukosten (Anlageteile Dritter)	1.850 Mio.

jährliche Unterhalts- und Betriebskosten	1.7 % von 1.850 Mio. = 31'450.– / Jahr
Zeitwert der jährlichen Kosten für 25 Jahre	$0.32 \times 1.850 \text{ Mio.} = 0.592 \text{ Mio.}$

definitive anrechenbare Kosten:	$16.650 \text{ Mio.} - 0.592 \text{ Mio.} = 16.058 \text{ Mio.}$
definitive Kosten Dritter	$1.850 \text{ Mio.} + 0.592 \text{ Mio.} = 2.442 \text{ Mio.}$

Damit ergibt sicher der Kostenteiler zuhanden der Projektgenehmigung:

$16.058 \text{ Mio.} = 87 \%$	zulasten NS-Rechnung
$2.442 \text{ Mio.} = 13 \%$	zulasten Dritter

Version 2.0 01. Juli 2013

Anhang 3: ASTRA-Vorlage: Aussteckung des Ausführungsprojekts



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Bundesamt für Strassen ASTRA

CH-3003 Bern, ASTRA

Einschreiben

Ihr Zeichen:
Unser Zeichen: I481-0583/Oub
Sachbearbeiter/in: Boun Huang Ou
Bern, 23. November 2009

NS Nr. Projektname Aussteckung eines Ausführungsprojekts

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Bundesamt für Strassen ASTRA hat am DATUM dem Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation das Plangenehmigungsgesuch für das eingangs genannte Projekt eingereicht.

Vor der öffentlichen Planauflage werden ab DATUM die Veränderungen, die das geplante Werk im Gelände betrifft, sichtbar gemacht. Dies geschieht durch die Aussteckung und bei Hochbauten durch das Aufstellen von Profilen. Die Pflöcke und Profile sind während der Auflagefrist stehen zu lassen. Das bedingt, dass die betroffenen Grundstücke vorübergehend für die Verpflockung und das Aufstellen der Profile in Anspruch genommen werden müssen.

Bei der Aussteckung werden wir bestrebt sein, Ihr Grundeigentum möglichst wenig zu beeinträchtigen. Sollten wider Erwarten Schäden entstehen, bitten wir Sie, uns diese schriftlich zu melden. Für Schäden, die aus der vorübergehenden Landinanspruchnahme entstehen, werden wir nach den Bestimmungen des Eidgenössischen Enteignungsgesetzes vollen Ersatz leisten.

Wir bitten Sie, auch allfällige Pächter oder Mieter über die bevorstehende Aussteckung zu informieren.

Bundesamt für Strassen ASTRA
Boun Huang Ou
Postadresse: 3003 Bern
Standortadresse: Mühlestrasse 2, 3063 Ittigen
Tel. +41 31 325 30 96, Fax +41 31 323 23 03
bounhuang.ou@astra.admin.ch
www.astra.admin.ch

I481-0583

Vor dem Auflageverfahren erhalten Sie eine weitere persönliche Anzeige über die von Ihnen benötigten Grundstücksflächen und die benötigten Rechte (Dienstbarkeiten).

Das Projekt wird öffentlich aufgelegt. Während der Auflage können Betroffene zum Projekt Einsprache erheben.

Freundliche Grüsse

Abteilung Strasseninfrastruktur

Filiale --bitte auswählen--

--bitte auswählen--

Filialchef

Beilage: Situationsplan der Aussteckung

Interner Verteiler: FC, BL PM, PL

Anhang 4: ASTRA-Vorlage: Persönliche Anzeige



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Bundesamt für Strassen ASTRA

CH-3003 Bern ASTRA

Einschreiben

Adresse eingeben oder Feld löschen!

Ihr Zeichen:
Unser Zeichen: I262-0791/Jee
Sachbearbeiter/in: Erik Jenk
Bern, 15. Mai 2013

NS Nr., Projektname - Plangenehmigungsverfahren Persönliche Anzeige im Sinne von Art. 27c des Nationalstrassengesetzes (NSG)

Sehr geehrte...

Im Rahmen des nationalstrassenrechtlichen Plangenehmigungsverfahrens steht die Planaufgabe für das Ausführungsprojekt unmittelbar bevor. Nach Art. 27c des Nationalstrassengesetzes (NSG; SR 725.11) ist den Entschädigungsberechtigten gemäss Art. 31 des Bundesgesetzes über die Enteignung (EntG; SR 711) spätestens mit der Planaufgabe eine persönliche Anzeige über den erforderlichen Land- und Rechtserwerb zuzustellen.

Das Ausführungsprojekt, welches die Einzelheiten des Bauvorhabens enthält und für die Realisierung massgebend ist, wird in der Zeit vom **Datum** bis **Datum** in der Gemeinde/Stadt Name öffentlich aufgelegt und kann entsprechend eingesehen werden.

Der beiliegende Plan zeigt Ihnen Lage und Umfang des Bauvorhabens im Bereich Ihres Grundeigentums resp. Ihres betroffenen Dienstbarkeitsrechts. Im Weiteren geben Plan und Landerwerbsblatt Aufschluss über die privaten vorübergehenden und dauernden Rechte, die durch das Projekt betroffen sind oder neu errichtet werden müssen.

Für den weiteren Verlauf des Verfahrens - insbesondere zur Wahrung des Einspracherechts - verweisen wir auf den beiliegenden Publikationstext, welcher im Amtsblatt des Kantons Kantonsname vom **Datum** sowie im Publikationsorgan der Gemeinde/Stadt vom Datum erscheinen wird.

Werden durch den Land- und Rechtserwerb Miet- und Pachtverträge betroffen, die nicht im Grundbuch vorgemerkt sind, sind die Vermieter und Verpächter verpflichtet, den Mietern und Pächtern sofort nach Empfang dieser Anzeige Mitteilung zu machen (Art. 32 EntG).

Bundesamt für Strassen ASTRA
Postadresse: 3003 Bern
Standortstrasse: Mühlestrasse 2, 3063 Ittigen
www.astra.admin.ch

003 F AP Persönliche Anzeige durch RDL

I262-0791

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, dass die öffentliche Planaufgabe den so genannten Enteignungsbann nach Art. 42-44 EntG zur Folge hat. Demnach dürfen vom Tag der öffentlichen Bekanntmachung an ohne Zustimmung des Bundesamtes für Strassen ASTRA keine rechtlichen oder tatsächlichen Verfügungen über den Gegenstand getroffen werden, welche eine allfällige Enteignung desselben erschweren könnten.

Wir werden uns zusammen mit unseren beauftragten Stellen vor Ort bemühen, den erforderlichen Land- und Rechtserwerb im gegenseitigen Einvernehmen auf dem Verhandlungsweg zu regeln und werden mit Ihnen diesbezüglich rechtzeitig Kontakt aufnehmen. Dort, wo bereits Verhandlungen stattgefunden haben, werden diese selbstverständlich fortgesetzt. Die vorliegende persönliche Anzeige erfolgt somit vorsorglich für den Fall, dass ein gütlicher Land- und Rechtserwerb nicht möglich ist.

Für allfällige Fragen technischer Art zum Projekt stehen Ihnen folgende Stellen zur Verfügung:

Gesamtprojektleitung:

Bundesamt für Strassen ASTRA, Filiale Filialname, Herr/Frau ProjektleiterIn, Adresse Filiale, PLZ/Ort Filiale, Telefon Nr. +41 (0)

Stabsstelle:

Ingenieurbüro, Herr/Frau, Adresse Stabsstelle, PLZ/Ort Stabsstelle, Telefon Nr. +41 (0)

Für Ihre Kenntnisnahme und Ihr Verständnis danken wir Ihnen bestens und stehen für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Abteilung Direktionsgeschäfte

Erik Jenk
Rechtsdienst und Landerwerb

Beilagen:

- Ausschnitt aus dem Landerwerbs- und Enteignungsplan
- Kopie des Publikationstextes im kantonalen Amtsblatt
- xxx

Anhang 5: Merkblatt GS-UVEK: Behandlung der Einsprachen



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Generalsekretariat GS-UVEK
Rechtsdienst

Plangenehmigungsverfahren nach NSG - Netzausbau (ab 1. 1. 2008)

Merkblatt zur Behandlung der Einsprachen

Die rechtlichen Grundlagen zum Plangenehmigungsverfahren sind im Bundesgesetz vom 8. März 1960 über die Nationalstrassen (NSG; SR 725.11) zu finden.
(<http://www.admin.ch/ch/d/sr/sr.html>)

- 1) Die eingegangenen Einsprachen werden dem **Gesuchsteller (ASTRA)** sowie den vom Verfahren betroffenen **Kantonen** und **Bundesämtern** zugestellt. Regelmässig betroffen ist das Bundesamt für Umwelt.
- 2) Die Kantone und das ASTRA werden vom UVEK aufgefordert, zu den eingegangenen Einsprachen **Stellung zu nehmen** (Kanton: zusammen mit der Stellungnahme zum Projekt). Die Stellungnahmen werden den Einsprechenden **zur Kenntnisnahme** und den betroffenen Bundesämtern **zur Stellungnahme** zugestellt. Nach Eingang der Stellungnahmen entscheidet das UVEK über die Durchführung von **Einspracheverhandlungen**.
- 3) Der Gesuchsteller kann **nach vorgängiger Absprache mit dem UVEK** mit den Einsprechenden **Einigungsgespräche** durchführen ohne Beisein des UVEK. Die Ergebnisse dieser Gespräche sind dem UVEK mitzuteilen. Namentlich sind die dabei allenfalls vorgesehenen Projektänderungen formell ins Verfahren einzugeben.
- 4) Einsprachen können während des Verfahrens beim UVEK zurückgezogen werden (**Einspracherückzug**), wenn die Einsprechenden nicht mehr an ihren Anträgen festhalten wollen.
- 5) Nachdem allfällige Einspracheverhandlungen abgeschlossen sind und die notwendigen Stellungnahmen beim UVEK vorliegen, wird das **Instruktionsverfahren abgeschlossen**. Anschliessend wird die **Plangenehmigungsverfügung** durch das UVEK erarbeitet.
- 6) Das UVEK entscheidet in seiner Verfügung über Einsprachen gegen das Projekt und gegen Enteignungen sowie über Projektänderungsanträge. Über **Entschädigungsfordernungen** hingegen entscheidet das UVEK nicht. Diese werden nach Abschluss des Verfahrens beim UVEK an die **Eidgenössische Schätzungskommission** überwiesen.
- 7) Gegen die Plangenehmigung können Verfahrensbeteiligte (Kantone, Einsprechende) beim Bundesverwaltungsgericht **Beschwerde** erheben.

Für Fragen und Auskünfte wenden Sie sich bitte an den Rechtsdienst des GS UVEK oder direkt an die in Ihrem Verfahren für die Bearbeitung zuständige Person.

Geht an: Einsprechende, Gesuchsteller

Bundeshaus Nord, 3003 Bern
Tel. +41 31 322 55 12, Fax +41 31 324 26 92
www.uvek.admin.ch

Auflistung der Änderungen

Ausgabe	Version	Datum	Änderungen
2013	1.00	01.07.2013	Inkrafttreten Ausgabe 2013 – ersetzt blauen Ordner